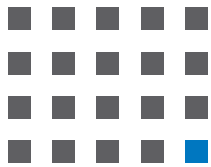


Jahresbericht 2012



Jena Center

Geschichte des 20. Jahrhunderts
20th Century History



5 Editorial

Veranstaltungen

- 6 Gastprofessor Volker Berghahn
- 7 Ian Kershaw über „Das Ende“
- 8 Eine neue moralische Weltordnung?
- 10 Konsensgesellschaften in der Krise
- 11 Rechtsextremismus im Film
- 12 Humanitarismus in Kriegszeiten
- 14 Gastprofessor Michael Stolleis
- 15 Saul Friedländer zum 80. Geburtstag

Doktorandenschule

- 16 Mitglieder 2012
- 18 Seminartag mit Gastwissenschaftler Jan Eckel
- 19 Unter uns: Projekte und Personen
- 20 Seminartage mit Gastprofessor Volker Berghahn
- 22 Seminartage mit Gastprofessor Michael Stolleis
- 24 Seminartag mit Walter H. Pehle

Forschungsprojekte

- 25 Weltaneignung und Weltanschauung von Marxisten
- 26 Unternehmer in der Staatskonjunktur
- 27 Die „Wunschkindpille“ in der DDR
- 28 Die Praxis der Erinnerung
- 29 Die SPD und die NS-Vergangenheit
- 30 Max Weber und die westdeutschen Historiker

Studium

- 31 Masterstudiengang GP 20
- 34 Weimar Summer School: Deutsche(s) in Israel

35 Publikationen

42 Gremien

Vorwort

Menschenrechte – Völkerrecht – Humanitarismus: Noch nie war ein Jahr am *Jena Center* ebenso eindeutig wie facettenreich von einem Themenkomplex beherrscht wie 2012. Ob die Geschichte der Menschenrechtspolitik und des Völkerrechts seit 1945 als Entwicklung hin zu einer „New Moral World Order“ gelesen werden kann, fragte unser internationales Symposium im Alten Schloss Dornburg im Sommer; den Humanitarismus in Kriegszeiten untersuchte eine in Kooperation mit der Universität Gießen veranstaltete Tagung im Herbst; Seminartage mit Gastprofessor Michael Stolleis und Gastwissenschaftler Dr. Jan Eckel waren der Rechts- und Menschenrechtsgeschichte gewidmet. Zur Einbindung dieses neuen Forschungsschwerpunkts in ein weit geknüpftes Netzwerk wird nicht zuletzt die Beteiligung an einem seit 2012 von der Fritz Thyssen Stiftung finanzierten „Arbeitskreis Menschenrechte“ einen wichtigen Beitrag leisten.

Auch an seinen längst bestehenden transatlantischen Netzwerken knüpfte das *Jena Center* weiter: Im Zentrum der Gastprofessur von Volker Berghahn im Sommersemester 2012 standen die deutsch-amerikanischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert; ein Habilitationsprojekt untersucht unternehmerisches Handeln in NS-Diktatur und US-Demokratie im Vergleich. Dass Saul Friedländer erneut die weite Reise von Los Angeles nach Frankfurt auf sich nahm, um seinen 80. Geburtstag auch im Kreis langjähriger deutscher Kollegen und Freunde zu feiern, freute uns ganz besonders.

Ein kleines Jubiläum feierte auch unser Masterstudiengang *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts*: Zum Wintersemester 2012/2013 wurde bereits der fünfte Jahrgang immatrikuliert. Die *Weimar Summer School* fand in diesem Jahr zum dritten Mal statt und führte die Studierenden erstmals nach Israel, wo Kultusminister Christoph Matschie sie zum Gespräch traf.

Ausführlicher als in früheren Jahren dokumentiert dieser Jahresbericht neben unseren öffentlichen Veranstaltungen und der Arbeit der Doktorandenschule auch einige der Forschungsprojekte und Qualifikationsarbeiten, die derzeit im Umkreis des *Jena Center* durchgeführt werden. Dass wir zu manchen dieser Projekte auch finanziell ein wenig beitragen können, verdanken wir der fortwährenden Großzügigkeit unserer eigenen Förderer, Dr. Christiane und Dr. Nicolaus-Jürgen Weickart (Zürich).





Gastprofessor Volker Berghahn



Mit einem öffentlichen Vortrag zum Thema „Soziale Marktwirtschaft und amerikanischer Kapitalismus“ eröffnete Volker Berghahn am 7. Mai 2012 seine Gastprofessur am *Jena Center* in den Rosensälen der Friedrich-Schiller-Universität. Der 1938 in Berlin geborene Historiker lehrt seit 1998 an der Columbia University in New York City. Seine transatlantische akademische Laufbahn begann in den späten fünfziger Jahren mit einem Studium der Geschichts- und Politikwissenschaft an der University of North Carolina in Chapel Hill. 1964 promovierte er an der University of London mit einer Arbeit über den *Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten 1918-1935*. Nach zwei Jahren als Assistent an der Universität Mannheim wurde Berghahn 1970 mit einer Studie über den *Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.* habilitiert. Viele Jahre unterrichtete er an der University of East Anglia in Norwich sowie an der University of Warwick in Coventry, bevor er 1988 einen Ruf an die Brown University in Providence, Rhode Island erhielt, wo er bis zu seinem Wechsel nach New York lehrte.

Diesseits und jenseits des Atlantiks hat sich Volker Berghahn als Autor zahlreicher Veröffentlichungen zur deutschen, europäischen und transatlantischen Geschichte des 20. Jahrhunderts einen Namen gemacht. Auf seine Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs, *Germany and the approach of war in 1914* (1973) und eine Diskursgeschichte des *Militarismus* (1975) folgte mit *Modern Germany* (1982) eine Überblicksdarstellung zur deutschen Geschichte im „Zeitalter der Extreme“. Akzente in der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte setzte Berghahn mit Publikationen über *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik* (1985), *The Americanization of West German Industry* (1986) und einer Biografie über *Otto A. Friedrich* (1993). Zu einem vielfach wiederaufgelegten Standardwerk wurde seine umfassende Geschichte des wilhelminischen Deutschland, *Das Kaiserreich 1871-1914* (Stuttgart 1995). Nach einer Untersuchung über *Transatlantische Kulturkriege* (2004) und der Essaysammlung *Industriegesellschaft und Kulturtransfer* (2010) arbeitet Volker Berghahn derzeit an einer Studie über *American Big Business in Britain and Germany, 1900-2000*.

Forschungsaufenthalte und Fellowships führten ihn an die Royal Historical Society nach London, an das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und zuletzt an das Freiburg Institute for Advanced Studies. Für seine Publikationen wie für seine Verdienste um die transatlantischen Beziehungen wurde Berghahn mit dem Helmut-Schmidt-Preis der ZEIT-Stiftung und mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse geehrt.

An vier Seminartagen diskutierte er mit den Mitgliedern der Doktorandenschule über die Geschichte der deutsch-amerikanischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert (siehe S. 22 f.).

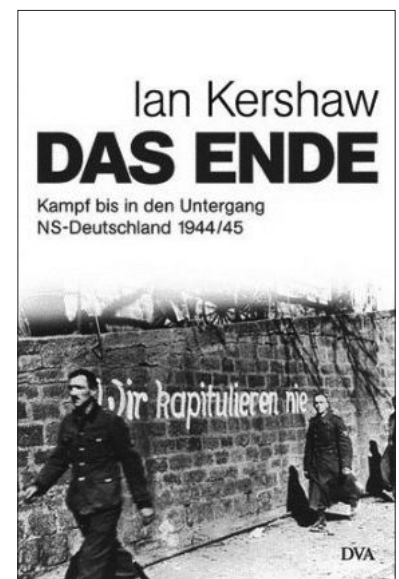
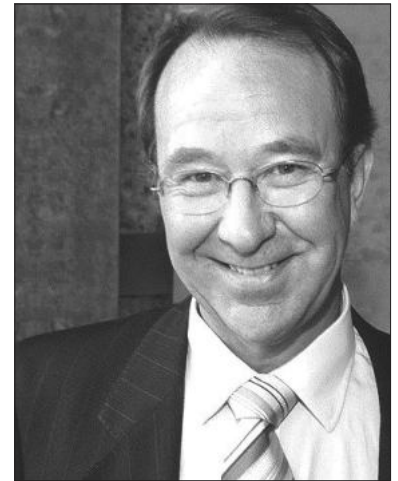
Ian Kershaw über „Das Ende“

In den knapp zehn Monaten zwischen dem 20. Juli 1944 und dem 8. Mai 1945 starben noch einmal ebenso viele Menschen an den Folgen von Krieg und nationalsozialistischer Vernichtungspolitik wie in den fünf Jahren zuvor. Warum auch nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler so viele Deutsche weiter an ihn und an den „Endsieg“ glaubten und den Befehlen des NS-Regimes Folge leisteten – dieser Frage geht der renommierte britische Zeithistoriker Prof. Sir Ian Kershaw in seinem neuesten Buch nach. Spätestens seit der Veröffentlichung seiner zweibändigen Hitler-Biographie Ende der neunziger Jahre gilt Kershaw weltweit als einer der bedeutendsten Experten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert und vor allem des Nationalsozialismus. Von 1989 bis zu seiner Emeritierung 2008 lehrte er als Professor für moderne Geschichte an der Sheffield University.

Das Ende. Kampf bis in den Untergang – NS-Deutschland 1944/45 heißt das 700 Seiten starke Werk, das im Herbst 2011 bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erschienen ist. Zum Abschluss des Wintersemesters 2011/2012 war Ian Kershaw zu Gast im Zeitgeschichtlichen Kolloquium, um sein Buch vor fast 180 Zuhörern in den Rosensälen vorzustellen. Warum ein großer Teil der deutschen Bevölkerung dem NS-Regime so bedingungslos die Treue hielt und auf diese Weise dazu beitrug, dass das System bis zu seinem Untergang funktionieren konnte, lässt sich aus Sicht von Kershaw nur durch die Verbindung eines tief verankerten Pflichtbewusstseins, des Gefühls der Alternativ- und Ausweglosigkeit, einer permanenten Angst vor dem Terror von SS und Gestapo und der Furcht vor den Vergeltungsmaßnahmen der Roten Armee erklären.

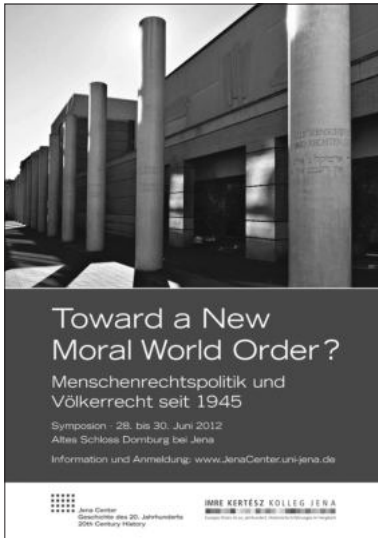
Wie schon in vielen anderen seiner Veröffentlichungen betont Kershaw außerdem die Bedeutung der „charismatischen Herrschaft“, die trotz – oder gerade auch wegen – der unübersehbaren Zerfallserscheinungen und der bevorstehenden Niederlage ihre Wirkungsmacht nie ganz verloren habe: Obwohl Hitler und die NS-Führungsriege in den letzten beiden Kriegsjahren massiv an Charisma eingebüßt hätten, seien die Strukturen jenes Herrschaftssystems dennoch nicht zusammengebrochen.

Dem in der Forschung jüngst vieldiskutierten Begriff und Konzept der „Volksgemeinschaft“ hat Kershaw noch nie einen hohen Stellenwert eingeräumt – und auch mit Blick auf die Endphase des Krieges handelt es sich dabei seiner Einschätzung nach weder um eine soziale Realität noch um einen analytischen Begriff, der zur Erklärung der Langlebigkeit des Systems taugt. In der anschließenden Diskussion war es daher auch genau dieser Punkt, um den die meisten Nachfragen aus dem Publikum kreisten.





Eine neue moralische Weltordnung?



Das Interesse der Historiker am Thema Menschenrechte beschränkte sich lange Zeit auf ideengeschichtliche Aspekte. Seit kurzem aber mehrt sich die Zahl empirischer Studien, die zeigen, dass Fragen nach einem historisch tragfähigen Begriff der Menschenrechte ebenso wie nach ihrer Genese und Periodisierung neu gestellt werden müssen. Dies zu tun war das Ziel eines internationalen Symposiums, das das *Jena Center* und das Imre Kertész Kolleg Jena vom 28. bis 30. Juni 2012 im Alten Schloss Dornburg veranstalteten, und bei dem Experten verschiedener Disziplinen die Entwicklung der Menschenrechte seit 1945 in den Blick nahmen.

In ihrem Eröffnungsvortrag deutete Annette Weinke die Entwicklung der Menschenrechtsdiskussion als Ausdruck und Bestandteil einer zunehmenden Verrechtlichung internationaler Beziehungen im 20. Jahrhundert. Die Wirkungsmacht des Menschenrechtsbegriffs beruhe in erster Linie auf seiner Ambiguität und Flexibilität: In einer sich zunehmend globalisierenden Weltgesellschaft sei er als diskursive Ressource für eine Vielzahl – oftmals beliebiger – Botschaften und Projekte verwendet worden. Gleichzeitig sei die Durchsetzung eines funktionstüchtigen internationalen Rechtssystems nur mit klaren und verbindlichen Normen möglich gewesen, die im ebenso konsensfähigen wie offenen Menschenrechtsbegriff ihren Kristallisationspunkt und gemeinsamen Nenner gefunden hätten.



Die Beiträge des Panels „1945 als Wendepunkt?“ waren dem Verhältnis von Nationalstaat und Menschenrechten in der unmittelbaren Nachkriegszeit gewidmet. Der jüdische Diskurs über Menschenrechte und einen israelischen Staat, die Geschichte der Gebietsteilungen in Israel/Palästina und Ruanda/Burundi, aber auch der europäische Umgang mit Staatenlosigkeit nach zwei Weltkriegen zeigten, dass der souveräne Nationalstaat die Durchsetzung international gültiger Menschenrechte behindert habe. Gleichwohl sei er von zahlreichen Akteuren in Ermangelung eines effektiven Menschenrechtsregimes als deren einzig wirkungsvoller Garant wahrgenommen worden.



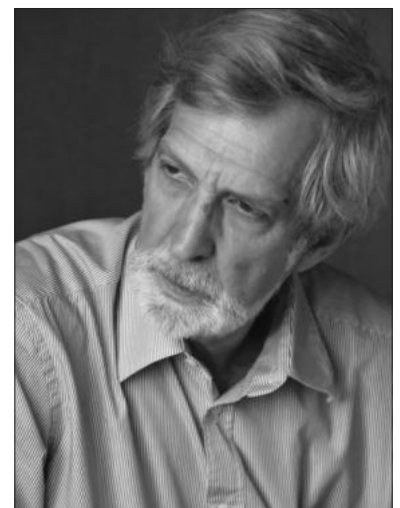
Im Zeichen der Systemkonfrontation, so erläuterten die Referenten des Panels „Menschenrechte im Kalten Krieg“, machten sich ganz unterschiedliche Akteure die Sprache der „Human Rights“ politisch zunutze: Während rechte Parteien in Westeuropa die Gründung eines Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte forcierten, der einen wirkungsvollen Schutz vor der „kommunistischen Gefahr“ bieten sollte, gerierte sich die Sowjetführung als der eigentliche Garant politischer, sozialer und ökonomischer Menschenrechte. In Westdeutschland prangerten Konservative den alliierten Bombenkrieg und die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten als Menschenrechtsverletzungen an, während ehemalige NS-Verfolgte darum kämpften, die Verbrechen der Nationalsozialisten als solche anerkannt zu sehen.

Die Vorträge des Panels „Dekolonisierung, Menschenrechte, Selbstbestimmung“ verwiesen auf das subversive Potential der Menschenrechtsdiskussionen: Die kolonialen Befreiungsbewegungen der fünfziger Jahre nutzten ebenso wie die Gegner des Vietnamkriegs die Semantik der Menschenrechte für ihre Kritik an der Politik der Hegemonialmächte. Die jungen afrikanischen Staaten beschränkten sich indessen darauf, die Einhaltung international gültiger Normen in den Gremien der UNO zu fordern; im eigenen Land ging es ihnen vor allem darum, die soeben gewonnene Souveränität zu festigen.

In der Folge von 1968, so zeigten die Beiträge zum „Humanitarismus der siebziger Jahre“, bedienten sich auch regierungskritische Aktivisten in Europa immer häufiger der Sprache der Menschenrechte. Während im Westen eine Koalition aus „Neuen Linken“ und alten NS-Gegnern die Berufsverbote der Regierung Schmidt als Menschenrechtsverletzungen anprangerte, entstand in Osteuropa eine Dissidentenbewegung, die sich kaum noch auf die sozialistische Verfassung, sondern vielmehr auf internationale Normen berief. Dieser Diskurs blieb ambivalent: Im Beharren auf Individualrechte geriet aus dem Blick, dass auch die neoliberale Wirtschaftspolitik des Westens ökonomische und soziale Rechte missachtete.

Seit dem Ende des Kalten Krieges, so bilanzierten die Vortragenden des letzten Panels, sind Menschenrechte gleichsam zur „globalen Währung“ geworden – zur Durchsetzung von Gruppeninteressen wie auch zum Zweck politischer Legitimitätsstiftung. Dabei lässt sich ein grundlegender Normenwandel beobachten: Der Kosovo-Konflikt hat gezeigt, dass Menschenrechte mittlerweile erfolgreich gegen das Souveränitätsprinzip in Stellung gebracht werden können, um militärische Interventionen zu legitimieren. Ebenfalls unter Berufung auf das europäische Menschenrechtsregime wurden Bestrebungen abgewehrt, im Kampf gegen den islamistischen Terror Individualrechte einzugrenzen. In der anschließenden Diskussion kam jedoch die Frage auf, ob Menschenrechte nicht auch nach 1989 in Konkurrenz zu anderen Normen wie dem Souveränitätsprinzip standen und weiterhin stehen – und sich vor allem immer dann durchsetzen können, wenn es politisch opportun erscheint.

Die Abschlussdiskussion, an der mit Klaus Scharioth und Shimon Stein zwei ehemalige Diplomaten teilnahmen, vertiefte diese Frage: Handelt es sich lediglich um moralisches „Window Dressing“, wenn Staaten ihre Politik mit Menschenrechten begründen? Während Scharioth die deutsche Beteiligung im Kosovo ebenso wie die Befürwortung des Internationalen Strafgerichtshofs als Ausdruck ehrlichen Bemühens zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen deutete, betonte Stein die dahinter stehenden machtpolitischen Interessen. Die Diskussion verwies auf die auch im Alten Schloss Dornburg nicht beantwortete Grundsatzfrage bei der Historisierung der Menschenrechte: Wie lassen sich eine unkritische Erfolgsgeschichte und ein zynischer Ansatz gleichermaßen vermeiden?





Konsensgesellschaften in der Krise



Wie können die tiefgreifenden sozialen, politischen und ökonomischen Wandlungsprozesse in den westlichen Industriegesellschaften seit den 1970er Jahren – in der sogenannten Ära „nach dem Boom“ – historisch gedeutet werden? Um dieser Frage nachzugehen, lud das *Jena Center* gemeinsam mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam vom 9. bis 10. Juli 2012 zu einem Workshop nach Jena ein. „Konsensgesellschaften in der Krise? Großbritannien und die Bundesrepublik seit den 1970er Jahren“ lautete der Titel der Tagung, bei der vor allem einige Nachwuchswissenschaftler miteinander in Dialog gebracht werden sollten, deren Forschungsprojekte allesamt in der vergleichenden deutsch-britischen Zeitgeschichte angesiedelt sind.

Der Begriff des Konsenses war schon seit Ende des Zweiten Weltkriegs für beide Gesellschaften von prägender Bedeutung und bildet daher, so die Organisatoren Dietmar Süß und Winfried Süß in ihrer Einführung, den gemeinsamen Ausgangspunkt einer inter- wie transnational vergleichenden Geschichte der beiden westlichen Industriestaaten. In vier Sektionen diskutierten die Teilnehmer den unterschiedlichen Deutungsgehalt einer „Konsensgesellschaft“ in Großbritannien und in der Bundesrepublik. In den Blick gerieten dabei die jeweilige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Begriffe wie „soziale Gerechtigkeit“, „Sicherheit“ und „Ordnung“, das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft sowie schließlich auch die Populärkultur. Phänomene wie die Punk-Bewegung, der europaweite Siegeszug konservativ-liberaler Regierungen, die Krise der Arbeits- und Sozialpolitik, gipfelnd im britischen „Winter of Discontent“ von 1978/79, sowie eine allgemeine Liberalisierung der (Welt-)Wirtschaft deuten in der Gesamtschau auf einen umfassenden soziokulturellen Umbruch hin, der sich als „Krise der Konsensgesellschaft“ deuten lässt.

Deutlich wurde jedoch auch, dass der Begriff der „Konsensgesellschaft“ viele Facetten hat und mehr Fragen aufwirft als er beantwortet: Handelt es sich dabei um eine Selbstwahrnehmung, eine historische Zuschreibung, eine retrospektive Verklärung oder um eine Instrumentalisierung durch politische Akteure? Gerade mit Blick auf die zeitgenössische Konsensdebatte in Großbritannien, so der Tenor der Diskussion, gilt es solche Großerzählungen über einen vermeintlichen „Nachkriegskonsens“ stets auf ihren politischen und ideologischen Zweck hin zu hinterfragen. „Konsensgesellschaft“ verweist daher als Analysebegriff weniger auf das Ende einer zuvor konsensorientierten Politik, als vielmehr auf neue Konsensentwürfe und -projektionen, mit denen die beiden Gesellschaften auf die ökonomischen, sozialstrukturellen und soziokulturellen Veränderungen seit den 1970er Jahren reagierten.

Rechtsextremismus im Film

Das mediale Bild von Neonazis ist von vielen Klischees geprägt: Rechtsextreme werden häufig als „Fremde“ innerhalb der demokratischen Gesellschaft exotisiert und damit oft auch banalisiert. Nach den historischen Ursprüngen und Entstehungsbedingungen rechtsextremer Ideologie und Gewalt fragen soziologische und politikwissenschaftliche Studien zugleich viel zu selten. Die von Axel Doßmann konzipierte und moderierte Film- und Gesprächsreihe „Rechtsextremismus im Film“, veranstaltet vom 21. Mai bis zum 2. Juli 2012 im *Kino im Schillerhof*, nahm sich dieser Leerstellen an. Gezeigt und diskutiert wurden Filme, deren Regisseure das Phänomen des Rechtsextremismus ganz bewusst als Bestandteil der politischen Kultur Deutschlands begreifen und sich auf Neonazis als Gesprächspartner einlassen: „Unsere Kinder“ (DDR 1989), „Stau – Jetzt geht’s los“ (D 1992), „Beruf Neonazi“ (D 1993), „Der Kick“ (D 2006) sowie der preisgekrönte Spielfilm „Kriegerin“ (D 2011). Die drei Dokumentarfilme hatten in den neunziger Jahren zu heftigen Debatten bis hin zu Vorführverboten und Anschlägen auf Filmvorstellungen geführt.

Die fünf Film- und Diskussionsabende im Schillerhof stießen auf großen Zuspruch: Insgesamt fand die Reihe rund 400 Besucher, darunter neben zahlreichen Studierenden auch Aktivisten aus lokalen Initiativen gegen Rechtsradikalismus sowie Pädagogen aus Jenaer Schulen und sozialen Einrichtungen. Die anschließenden Gespräche mit den Regisseuren Roland Steiner, Thomas Heise und Andres Veiel sowie der Produzentin Sophie Stäglich und dem Filmkritiker Dietrich Kuhlbrodt behandelten filmästhetische Fragen nach Mitteln der Kommentierung jenseits klassischer Off-Kommentare oder der (Nicht-)Darstellung von physischer Gewalt, aber auch nach den spannungsreichen Begegnungen zwischen den Filmemachern und ihren Protagonisten. Diskutiert wurden außerdem verschiedene Erklärungsansätze für rechtsextreme Gewalt und Rassismus. Gerade in Jena ist der Gesprächsbedarf seit der Aufdeckung der NSU-Mordserie groß: Veranstaltungen wie Norbert Freis Vorlesung „Rechtsradikalismus in Deutschland von 1945 bis heute“ sowie mehrere Vorträge und Podiumsdiskussionen zur Frage des Umgangs mit rechtem Terror zogen 2012 viele interessierte Zuhörer an.

„Rechtsextremismus im Film“ bildete den Auftakt der neuen Gesprächsreihe „Geschichte gestalten“, mit der der Lehr- und Forschungsschwerpunkt der reflexiven Geschichtskultur sowohl am Historischen Institut als auch in der Jenaer Stadtöffentlichkeit dauerhaft etabliert und profiliert werden soll. Die Film- und Gesprächsreihe war eine Kooperationsveranstaltung des Lehrstuhls für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit, der Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen, des *Jena Center* und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.



Humanitarismus in Kriegszeiten



Kriege haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich im 20. Jahrhundert ein globales humanitäres Regime herausbildete. Die vielfältigen Interdependenzen von Krieg und Humanitarismus an historischen Fallbeispielen zu analysieren, dies war das Ziel der international besetzten Konferenz „Humanitarianism in Times of War, 1914-2012“, die das *Jena Center* in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Justus-Liebig-Universität vom 11. bis 13. Oktober 2012 in Gießen veranstaltete.

Mit dieser Tagung wollten die beiden Organisatoren Daniel Maul (Gießen) und Dietmar Süß (Jena) zwei Forschungsfelder zusammenbringen, die bislang weitgehend getrennt voneinander existieren: die immer noch von Militärhistorikern dominierte Historiographie des Krieges und die relativ junge Forschung zu humanitären Interventionen im „Jahrhundert der Gewalt“. Zwar weist der Humanitarismus des 20. Jahrhunderts gewisse Ähnlichkeiten mit dem Interventionismus des 19. Jahrhunderts auf, seit dem Ersten Weltkrieg aber wurden Zivilisten in einem bis dahin ungekannten Ausmaß in die Kriegsführung einbezogen, was zu einer enormen Ausweitung humanitären Engagements führte.

Dass die so gern beschworene politische Neutralität humanitärer Akteure grundsätzlich infrage zu stellen sei, dies betonten die konzeptionellen Impulsreferate des ersten Panels. In kriegerischen Auseinandersetzungen fällt humanitären Akteuren durchaus eine bedeutende Rolle zu: Sie mobilisieren Öffentlichkeit und Ressourcen, sie prägen die Wahrnehmung des Krieges, sie entlasten kriegführende Parteien und nehmen auf diese Weise auch Einfluss auf die Planung zukünftiger Kriege. Daher sollte jene vermeintliche Neutralität als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele verstanden und von einer „humanitären Politik“ gesprochen werden, so der Tenor der Beiträge.

Die im zweiten Panel behandelte Geschichte des Roten Kreuzes bot ein besonders gutes Beispiel für die Parteilichkeit und Politisierung humanitären Handelns: Nationalistische Argumente begleiteten die Gründung des Roten Halbmonds in Ägypten, die Hilfe für China im Krieg gegen Japan Ende der dreißiger Jahre kann als Beitrag zur Eindämmung der japanischen Aggression gedeutet werden, und auch im Algerienkrieg zwischen 1954 und 1962 versuchte das Rote Kreuz, staatliche Handlungsspielräume zu begrenzen und zugleich die Grenzen akzeptabler Gewalthandlungen gegen Zivilisten zu definieren.

Normierende Wirkung entfaltete humanitäres Engagement vor allem auf den Umgang mit Kriegsgefangenen und Staatenlosen, wie zwei Beiträge des dritten Panels zeigten. NGOs und neutrale Staaten forderten von den kriegführenden Parteien, die Haager Konventionen einzuhalten – wenn auch häufig ohne Erfolg. Das Massenphänomen der Staatenlosigkeit nach den beiden

Weltkriegen und die damit verbundenen sozialen und politischen Probleme veranlassten staatliche und nichtstaatliche humanitäre Akteure dazu, auf die Verabschiedung international gültiger Normen zu drängen.

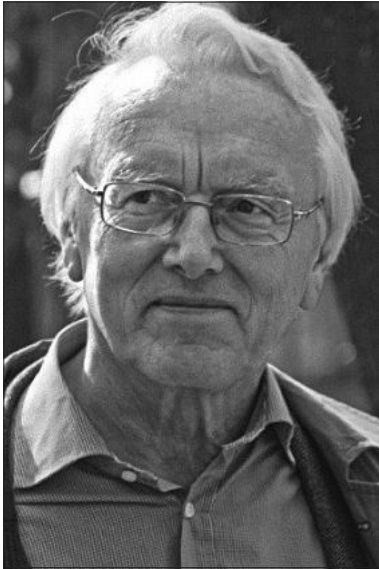
Der sich entwickelnde Humanitarismus veränderte Politik nicht nur, indem er neue Normen schuf und Akteure hervorbrachte, die deren Einhaltung forderten; er gab Staaten auch neue Instrumente zur Durchsetzung ihrer Ziele an die Hand. Dies zeigten vor allem die Beiträge zum Kalten Krieg: Die in Korea tätigen NGOs etwa, deren Engagement als Teil des Kampfes gegen den Kommunismus verstanden wurde, waren sowohl in finanzieller als auch in logistischer Hinsicht von der US-Regierung abhängig. Selbst der mit universellem Mandat ausgestattete International Tracing Service, der Familien nach den Wirren des Zweiten Weltkriegs wieder zusammenführen sollte, instrumentalisierte das Schicksal der Menschen in Osteuropa propagandistisch. Die vor dem Hintergrund der Dekolonisierung stattfindenden Kriege in Asien und Afrika schürten die Angst vor einer Ausbreitung des Kommunismus – eine Gefahr, der man unter anderem durch Hilfsleistungen an die jeweiligen Bevölkerungen entgegenzutreten versuchte. Auch die Bundesregierung nahm die Hilfe im Biafra-Konflikt (1967-1970) als Möglichkeit wahr, sich in den ehemaligen Kolonien gegenüber der DDR als das bessere Deutschland zu profilieren.

Neben staatlichen Akteuren und NGOs spielten auch die Medien bei der Gestaltung „humanitärer Politik“ eine wichtige Rolle, wie die Vorträge des vierten Panels verdeutlichten: Durch die Darstellung menschlichen Leids in kriegerischen Auseinandersetzungen mobilisierten Rundfunk und Presse die Öffentlichkeit. Einige Journalisten verstanden ihr Engagement deshalb als humanitäres Engagement und politische Einflussnahme gleichermaßen.

Die Tagung machte vor allem eines deutlich: Das Narrativ vom unpolitischen, altruistischen Engagement für notleidende Menschen ist gewiss nicht völlig unberechtigt. Es vermag jedoch nicht hinreichend zu erklären, warum internationale Hilfsleistungen im Laufe des 20. Jahrhunderts eine so große globale Bedeutung erlangten.



Gastprofessor Michael Stolleis



Michael Stolleis, geboren 1941 in Ludwigshafen, lehrte bis 2006 Öffentliches Recht und Neuere Rechtsgeschichte an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und war von 1992 bis 2009 Direktor am dortigen Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte, an dem er bis heute arbeitet.

Stolleis studierte Rechtswissenschaft in Heidelberg, Würzburg und München und legte die juristischen Staatsexamina 1965 und 1969 ab. Seine Dissertation erschien 1972 unter dem Titel *Staatsraison, Recht und Moral in philosophischen Texten des späten 18. Jahrhunderts*. Die Habilitationsschrift *Gemeinwohlformeln im nationalsozialistischen Recht* wurde 1974 veröffentlicht; im gleichen Jahr erhielt Stolleis den Ruf nach Frankfurt am Main.

Als Autor zahlreicher Publikationen zur deutschen Rechtsgeschichte, Juristischen Zeitgeschichte und Neueren Rechtsgeschichte hat sich Stolleis weit über Deutschland hinaus einen Namen gemacht. In den achtziger Jahren legte er mit *Recht im Unrecht* (1988) eine Studie zur Rechtsgeschichte des Nationalsozialismus vor. Neben einigen Arbeiten zur Ideen- und Wissenschaftsgeschichte des öffentlichen Rechts, darunter *Staat und Staatsräson in der Frühen Neuzeit* (1990) oder *Konstitution und Intervention* (2001) entstand aus einem anderen Forschungsschwerpunkt der *Grundriss Geschichte des Sozialrechts in Deutschland* (2003). In seinen jüngeren Veröffentlichungen befasste sich Michael Stolleis mit der Rechtsgeschichte der DDR und der Bundesrepublik, so etwa in *Sozialistische Gesetzgebung. Staats- und Verwaltungswissenschaft in der DDR* (2009), *Herzkammern der Republik. Die Deutschen und das Bundesverfassungsgericht* (2011) oder *Freiheit und Unfreiheit durch Recht* (2011).

Mit seiner vierbändigen *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland* schuf Stolleis das bedeutendste Grundlagenwerk zur Rechtsgeschichte Deutschlands von 1600 bis 1990; der abschließende Band über die Zeit der deutsch-deutschen Teilung ist im Frühjahr 2012 erschienen. Für seine Publikationen wurde Stolleis mit zahlreichen Ehrendoktorwürden, Preisen und Auszeichnungen geehrt, darunter 2010 mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

Der aktuelle Forschungsschwerpunkt von Michael Stolleis, die Wissenschaftsgeschichte des öffentlichen Rechts der Bundesrepublik und der DDR, stand auch im Zentrum seiner Gastprofessur am *Jena Center*. Am 22. Oktober 2012 hielt er einen öffentlichen Vortrag zum Thema „Rechtsstaat und Staatsunrecht im 20. Jahrhundert“ in den Rosensälen der Friedrich-Schiller-Universität. An vier Seminartagen diskutierte er mit den Mitgliedern der Doktorandenschule über Geschichte und Gegenwart der Rechtsgeschichte und ihren Stellenwert für die Zeitgeschichtsforschung (siehe S. 22 f.).

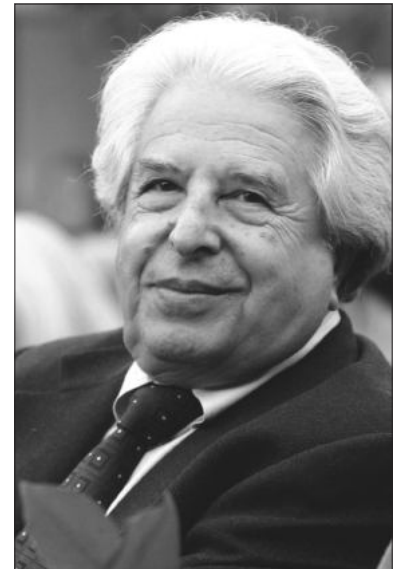
Saul Friedländer zum 80. Geburtstag

Ob der einstige Großadmiral Karl Dönitz log, als er ihm 1960 sein Ehrenwort darauf gab, nichts von der Judenvernichtung gewusst zu haben: Saul Friedländer weiß auch mehr als fünfzig Jahre nach den Recherchen zu seinem Dissertationsprojekt keine Antwort darauf. Und doch hat der israelische Historiker in diesem halben Jahrhundert wie kaum ein anderer zur Beantwortung der Frage beigetragen, wie es zum Völkermord an den europäischen Juden kommen konnte – und wer von ihm gewusst hatte. Für seine zweibändige Gesamtdarstellung *Das Dritte Reich und die Juden* erhielt Friedländer 2007 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Saul Friedländer, 1932 als Kind deutschsprachiger Juden in Prag geboren, floh mit seinen Eltern 1939 nach Frankreich. Versteckt in einem katholischen Internat überlebte er den Holocaust; sein Vater und seine Mutter wurden – nach einem gescheiterten Fluchtversuch in die Schweiz – deportiert und ermordet. 1948 verließ Friedländer Frankreich, um im israelischen Unabhängigkeitskrieg zu kämpfen. Seit 1950 studierte er in Tel Aviv, Paris und Genf, wo er ab 1964 am Hochschulinstitut für internationale Studien unterrichtete. Seit 1976 war er zugleich Professor für Geschichte an der Universität Tel Aviv; 1987 folgte er einem Ruf an die University of California in Los Angeles, wo er bis heute lebt.

Im Wintersemester 2006/07 kam Friedländer als erster Gastprofessor an das neugegründete *Jena Center* und prägt und begleitet dessen Arbeit bis heute, nicht nur als Mitglied des Internationalen Beirats: Das 2011 im Alten Schloss Dornburg veranstaltete Symposium, bei dem er den 1990 in Los Angeles begonnenen Dialog mit Hayden White über die Frage fortsetzte, ob und wie man „Den Holocaust erzählen“ kann, fand eine überwältigende Resonanz (das gleichnamige Buch erscheint 2013; siehe S. 40).

Am 11. Oktober 2012 feierte Saul Friedländer seinen 80. Geburtstag – ein Anlass, den bedeutenden Gelehrten auch in Deutschland mit einer besonderen Veranstaltung zu ehren. Gemeinsam mit dem Leipziger Simon-Dubnow-Institut, dem Fritz Bauer Institut, dem Jüdischen Museum Frankfurt und dem Verlag C.H. Beck lud das *Jena Center* am 2. Dezember 2012 zu einer Matinée nach Frankfurt ein. Im ausverkauften Kammerspiel sprachen Dan Diner, Norbert Frei und Raphael Gross vor rund 180 Zuhörern mit dem Jubilar über seine Biographie, sein Werk und seine Methode der „integrierten Geschichtsschreibung“. Warum sein Briefwechsel mit Martin Broszat Ende der achtziger Jahre den entscheidenden Anstoß dazu gegeben hatte, den Stimmen der Opfer in einer Gesamtdarstellung der Verfolgung und Vernichtung der Juden neue Geltung zu verschaffen, schilderte Friedländer in eindringlichen Worten.





Mitglieder 2012



Georg Aßmus

Die Max Weber-Rezeption in der westdeutschen Geschichtswissenschaft

Philipp Baur

Populärkultur und nukleare Bedrohung der 1980er Jahre

Adrian Brauneis

Animal rationale. Zur literarischen Soziologie der Romane von Ernst Weiß

Sophia Dafinger

Experten der Gewalt: Wissenschaftliche Expertise für Krieg und Kriegsbewältigung nach 1945

Karl Dehbel

Die Kommunal Finanzen der Stadt Jena während des Ersten Weltkrieges

Martin Diebel

Zivilschutz und Civil Defence in Deutschland und England 1960-1985

Jacob S. Eder

Holocaust-Erinnerung als deutsch-amerikanische Konfliktgeschichte

Janine Gaumer

Die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf 1980-1989

Jan Hansen

Die Geschichte des Nachrüstungsstreits in der SPD (1977-1987)

Carmen Hause

Die Nachkriegsgeschichte des ehemaligen KZ Mittelbau-Dora

Joachim Hendel

Ernährungs- und Agrarpolitik in den „Innenreich“-Gauen 1936-1945

Philipp Heß

Hans Simons. Studien zu Transnationalität und Biografie eines Demokraten im 20. Jahrhundert

Sebastian Klinge

Geschichtskultur und Geschichtswissen im „Erinnerungsjahr“ 2009

Margarita Kolesnikova

Humanitäre Hilfe der Vereinigten Staaten

Kristina Meyer

Die SPD und die NS-Vergangenheit (1945-1982)

Anna Neuenfeld

Peter Glotz und die SPD in den medienpolitischen Debatten der siebziger und achtziger Jahre

Louisa Reichstetter

Satire der Zwischenkriegszeit – Deutschland, Frankreich und Spanien im transnationalen Vergleich

Nicole Petrick-Felber

Die Konsumgeschichte des Tabaks und Kaffees im Nationalsozialismus

Fabian Schwanzar

Gedenkstättenbewegung und Geschichtspolitik 1979-1990

Bertram Triebel

Hatte die Partei immer Recht? Die SED an der Bergakademie Freiberg





Seminartag mit Gastwissenschaftler Jan Eckel



Dass die Geschichte der Menschenrechte 2012 am *Jena Center* so viel Aufmerksamkeit erfuhr, lag nicht zuletzt an Dr. Jan Eckel: Während seiner Zeit als Gastwissenschaftler in Jena brachte der Freiburger Zeithistoriker sein Habilitationsprojekt zur Geschichte der internationalen Menschenrechtspolitik seit den vierziger Jahren voran und war im Sommer auch mit einem Beitrag beim Symposium „Toward a New Moral World Order?“ im Alten Schloss Dornburg vertreten (siehe S. 8 f.). In der Doktorandenschule sprach Jan Eckel am 12. Januar 2012 über Fragen und Perspektiven einer Historiographie der Menschenrechte.

Seit den späten neunziger Jahren ist das Interesse von Historikern, Politikwissenschaftlern, Juristen und Soziologen an der Geschichte der Menschenrechte gewachsen. Dass das „Jahrhundert der Gewalt“ so viel humanitäres Engagement hervorgebracht hat, verleite dazu, allzu rasch von einer moralischen Erfolgsgeschichte der Menschenrechtspolitik auszugehen, wie Eckel in seiner Einführung betonte. Um diesen normativen Kurzschluss zu vermeiden, gelte es, die Beweggründe und Interessen der sehr heterogenen Akteure auf dem Gebiet der Menschenrechtspolitik kritisch zu hinterfragen.

Entlang ausgewählter Texte erörterten die Mitglieder der Doktorandenschule mit Jan Eckel verschiedene Ansätze der aktuellen Forschung und ihre dazu im Vorfeld entwickelten Thesen. Ob es sich beim Menschenrechtsgedanken tatsächlich um „The Last Utopia“ (Samuel Moyn), also gleichsam um die letzte noch verbleibende Zukunftsvision nach dem Scheitern sozialistischer oder pazifistischer Utopien handelt, wurde kontrovers diskutiert. Einigkeit bestand darüber, dass die siebziger Jahre mit ihrem wachsenden Krisenbewusstsein und dem Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegungen auch in der Entwicklung der Menschenrechtspolitik eine Zäsur markierten. Nachdem schon der Militärputsch in Chile 1973 weltweit zu einer Sensibilisierung geführt hatte, erfuhr der Menschenrechtsgedanke spätestens 1977 einen Wandel vom bloßen Slogan hin zum Aktivismus: *Amnesty International* wurde mit dem Friedensnobelpreises ausgezeichnet, und der neue US-Präsident Jimmy Carter erklärte die Menschenrechte zur Chefsache.

Zum Abschluss des Seminartags waren die Mitglieder der Doktorandenschule aufgefordert, ihre eingangs formulierten Thesen vor dem Hintergrund der Diskussionsergebnisse noch einmal zu überprüfen. Deutlich wurde vor allem, dass die Entwicklung des vermeintlich unpolitischen Menschenrechtsgedankens stets von ideologischen Aufladungen und politischen Instrumentalisierungen begleitet wurde und wird.

Unter uns: Projekte und Personen

An drei Terminen fanden sich die Mitglieder der Doktorandenschule 2012 mit Norbert Frei zu Seminartagen zusammen, die unter dem Motto „Unter uns“ die Möglichkeit zur Diskussion der eigenen Projekte, Texte und Arbeitsfortschritte, aber auch in einem bewusst offen gehaltenen Format ein Forum für aktuelle Debatten aus Forschung und Feuilleton bieten sollen.

Neben der Präsentation der Dissertationsvorhaben von insgesamt fünf neuen Mitgliedern, die in diesem Jahr Aufnahme in die Doktorandenschule gefunden hatten, standen Fragen nach dem Zeitmanagement während der Promotionsphase sowie nach Arbeitstechniken für einen möglichst effizienten Schreibprozess im Zentrum. Auch über Organisation und Verlauf von Archivreisen und die damit oft verbundenen Widrigkeiten, Enttäuschungen und thematischen Umorientierungen tauschten sich die Doktoranden mit Norbert Frei aus. Viele Fragen nach der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Interviews – ob Expertengespräche oder lebensgeschichtliche Befragungen von Zeitzeugen nach der Methode der „Oral History“ – führten zu der Idee, mit künftigen Gastprofessor(inn)en über deren Erfahrungen und Interviewtechniken zu sprechen.

Das im Frühjahr 2012 von Günter Grass in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlichte Gedicht „Was gesagt werden muss“ und die sich daran anschließende Debatte waren Anlass, während des Seminartags am 7. Mai über Motive und Legitimität der Israelkritik des Schriftstellers, aber auch über seine 2006 öffentlich geführte Auseinandersetzung mit der eigenen Waffen-SS-Vergangenheit zu diskutieren und sie in der Geschichte des Umgangs der Deutschen mit der NS-Vergangenheit zu verorten. Als Diskussionsgrundlage diente ein umfangreicher Pressespiegel aus den Feuilletons der überregionalen Tages- und Wochenzeitungen. Die in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* 2011/2012 geführte Debatte über den „Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte“ war Thema einer Diskussion während des Seminartags am 2. Juli.





Seminartage mit Gastprofessor Volker Berghahn



Seit rund zwei Jahrzehnten geht die Geschichtswissenschaft verstärkt der Frage nach, wie die Vereinigten Staaten in die europäischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts hineinwirkten. Anknüpfend an den öffentlichen Vortrag von Gastprofessor Volker Berghahn über „Soziale Marktwirtschaft und amerikanischen Kapitalismus“ war der erste Seminartag der Doktorandenschule am 8. Mai 2012 den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert gewidmet. Auch die Wirtschaftshistoriker wenden sich inzwischen den qualitativen Aspekten dieses Einflusses zu und haben die viel diskutierten Konzepte der „Amerikanisierung“ und „Westernisierung“ aufgegriffen. Berghahn wies in seiner Einführung darauf hin, dass die Amerikanisierung der deutschen Wirtschaft schon vor 1914 begann, als in beiden Ländern hochdynamische Industriegesellschaften entstanden und England als hegemoniale Wirtschaftsmacht des 19. Jahrhunderts an Bedeutung verlor. Nach beiden Weltkriegen kamen die Amerikaner als Siegermacht in ein von der Niederlage stark geschwächtes Deutschland, das auf Hilfe beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft hoffte – und sie auf vielfältige Weise auch erhielt.



Vom 18. bis 20. Juni verbrachte Volker Berghahn drei intensive Seminartage mit der Doktorandenschule. Nach den Wirtschaftsbeziehungen richtete sich der Fokus nun verstärkt auf die politischen und kulturellen Transfers zwischen den USA und Deutschland – ein Forschungsfeld mit vielfältigen Anknüpfungspunkten zu den Promotionsvorhaben der Doktoranden, die in ihren Impulsreferaten besonders anschauliche Beispiele transatlantischer Einflüsse und Wechselbeziehungen im 20. Jahrhundert zur Diskussion stellten.



Philipp Heß zeigte an den Initiativen der Rockefeller-Foundation, wie amerikanische Philanthropen in den zwanziger Jahren gezielt die demokratischen Kräfte in Deutschland zu unterstützen versuchten. Über die Rolle des Jazz während der Zwischenkriegszeit sprach Louisa Reichstetter: In der Weimarer Republik wurde die neue Musikrichtung aus den USA importiert und weiterentwickelt, aber auch institutionalisiert und professionalisiert – so etwa in Dr. Hochs Konservatorium in Frankfurt, wo 1927 die weltweit erste Jazzklasse an einer Musikhochschule entstand. Die Nationalsozialisten ließen den Jazz als „entartete“ Kunst verbieten und trieben vor allem Musiker jüdischer Herkunft oder schwarzer Hautfarbe in die Flucht. Gleichwohl verschwand der Jazz auch im „Dritten Reich“ nie ganz: Die Reichsmusikkammer adaptierte sein Unterhaltungspotential dort, wo es nützlich erschien; für die resistente Swing-Jugend war die illegale Musik Ausdruck ihrer Anpassungsverweigerung. Nicole Petrick-Felber setzte die nationalsozialistische Konsumwirtschaft und -kultur in Bezug zur Entwicklung in den USA und pflichtete Berghahns Vermutung bei, wonach der Kriegseintritt der Amerikaner die Dynamik des Konsums in Deutschland verändert und auf diese Weise auch zur allmählichen Erosion der NS-Volksgemeinschaft beigetragen habe.

Am Beispiel des 1933 emigrierten Politologen Hans Simons, der 1947 als US-Verbindungsoffizier nach Deutschland zurückkam, sprach Philipp Heß über die prägende Einflussnahme der Amerikaner auf die Entstehung des Grundgesetzes. Später sei dieser Einfluss durch das Mantra „Bonn ist nicht Weimar“ marginalisiert worden, um die Verfassung als deutsches Produkt zu deklarieren und ihre Akzeptanz zu stärken. Nach einem Kurzvortrag von Volker Berghahn über die Konsumkultur der Nachkriegszeit diskutierten die Teilnehmer darüber, ob für die frühe Bundesrepublik bereits von einer Massenkonsumgesellschaft die Rede sein könne. Einigkeit bestand darüber, dass die Verheißungen des Konsums und seine langfristige Planung – das Sparen für besondere Anschaffungen – in ihrer sozialpsychologischen Bedeutung für das „Wirtschaftswunder“ nicht zu unterschätzen seien. Daran anknüpfend wurden auch nationale Eigenheiten wie die deutsche Inflationsangst und Sparsamkeit oder auch die amerikanische Kultur des Kredit- und Rateneinkaufs thematisiert – aus Sicht des seit vielen Jahren in den USA lebenden Gastprofessors ein markanter Unterschied zum Konsumverhalten der Deutschen.

Transatlantische Wechselwirkungen in der Architektur prägen bis heute das Bild deutscher und amerikanischer Städte, wie Philipp Baur am Augsburger Hotelurm zeigen konnte. Als Vorlage für den 1972 fertig gestellten Turm – im Volksmund „Maiskolben“ genannt – dienten die beiden Türme der Chicagoer Marina City, die der amerikanische Architekt Bertrand Goldberg Ende der fünfziger Jahre entworfen hatte. Mit dem Augsburger Bauprojekt schloss sich ein Kreis: Bertrand war 1932 Jahre nach Deutschland gekommen, um bei Ludwig Mies van der Rohe die Architektur des Bauhaus zu studieren.

Martin Diebel erörterte in seinem Vergleich der westdeutschen, britischen und amerikanischen Friedensbewegungen zwischen den sechziger und achtziger Jahren, dass ein Ereignis wie der NATO-Doppelbeschluss zwar als Auslöser von Massenprotesten fungieren, die Ursachen und nationalen Spezifika der Friedensbewegung aber nicht erklären kann. Anders als in den USA zeigten die Proteste gegen Atombewaffnung und Nachrüstung in der Bundesrepublik und in Großbritannien starke argumentative Bezüge zur Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg. Anna Neuenfeld sprach abschließend über amerikanische Einflüsse auf die deutsche Jugend- und Populärkultur, deren Entwicklung in der Bundesrepublik und in der DDR erstaunlich viele Ähnlichkeiten aufweise – der Teilung zum Trotz.

Auch abseits der ertragreichen Seminartage suchten die Mitglieder der Doktorandenschule das Gespräch mit Volker Berghahn – nicht nur über den Stand ihrer Promotionsvorhaben und zukünftige Projekte, sondern ebenso über mögliche Archiv- und Forschungsaufenthalte in den USA und den gegenwärtigen Zustand der amerikanischen Gesellschaft.



Seminartage mit Gastprofessor Michael Stolleis



Wie lässt sich juristische Zeitgeschichte heute schreiben? Diese Frage überschrieb nicht nur das erste Treffen der Doktorandenschule mit Gastprofessor Michael Stolleis, sondern kam immer wieder auf während der vier Seminartage im Wintersemester 2012/2013, bei denen Beziehungen und Synergieeffekte zwischen Rechts- und Geschichtswissenschaft diskutiert und an konkreten Beispielen veranschaulicht wurden.

Während der „Linguistic Turn“ spätestens seit den achtziger Jahren auch die Geschichtswissenschaft dazu zwang, sich mit der Begrenztheit historischer Wahrheit auseinanderzusetzen, führte er in der Rechtsgeschichte zur erstmaligen Historisierung juristischer Begriffe – und damit auch zu ihrer Dekonstruktion. Zwar bestehe weiterhin ein Unterschied zwischen fiktionalen und faktizistischen Texten, so Stolleis in seiner Einführung, aber auch letztere seien ein kulturelles Konstrukt. Den 2012 erschienenen Roman *Landgericht* von Ursula Krechel würdigte er als ein gelungenes Beispiel dafür, wie sich fiktive und dokumentarische Elemente in aufklärerischer Absicht kombinieren ließen.



Um die Rechtsgeschichte als genuin interdisziplinäre Wissenschaft ging es zunächst beim Seminartag am 26. November. Stolleis gab einleitend einen historischen Überblick und setzte die rückblickende Rezeption des römischen Rechts mit der Entstehungsgeschichte des modernen Staates in Verbindung. Er erörterte die Institutionalisierung der Rechtsgeschichte im ausgehenden 19. und 20. Jahrhundert, die mit der Ausprägung einer spezifisch deutschen Rechtskultur einhergegangen sei.



Michael Stolleis war es ein explizites Anliegen, mit den Doktoranden über ihre Dissertationsprojekte zu sprechen und ihre Thesen aus rechtshistorischer Perspektive zu hinterfragen. Margarita Kolesnikova präsentierte ihr Promotionsvorhaben über die Stiftungen ehemaliger US-Präsidenten, deren humanitäre Projekte stets im Kontext übergreifender partei-, wirtschafts- und außenpolitischer Interessen gesehen werden müssen. Jimmy Carter, der die Tradition der Stiftungen Anfang der achtziger Jahre begründete, gelang durch sein Engagement in Sachen Menschenrechte auch der dringend benötigte Imagewandel nach einer weitgehend gescheiterten Präsidentschaft. Anna Neuenfeld sprach über ihr Projekt zur SPD-Medienpolitik in den siebziger und achtziger Jahren. Die Debatte um die Einführung des privaten Rundfunks hatte die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit neu gestellt: Wo sollten die Grenzen staatlicher Regulierung, wo die Grenzen privater finanzierter Rundfunkinhalte liegen? Nach Michael Stolleis beginnt das Problem bereits bei der Definition dessen, was unter einer „notwendigen Grundversorgung“ mit Information und Kultur verstanden werden soll. Karl Deibel stellte abschließend sein Dissertationsvorhaben zur Geschichte der kommunalen Finanzpolitik während des Ersten Weltkriegs zur Diskussion.

Anfang Januar 2013 trafen die Mitglieder der Doktorandenschule zu zwei weiteren Seminartagen mit Michael Stolleis zusammen. Georg Aßmus berichtete über sein Promotionsvorhaben zur Max-Weber-Rezeption westdeutscher Historiker (siehe S. 30), und Sophia Dafinger stellte ihr gerade begonnenes Projekt zur wissenschaftlichen Expertise für Krieg und Kriegsbewältigung seit 1945 vor. Im Zuge einer allgemeinen „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ im 20. Jahrhundert wandten sich Staaten immer häufiger an Wissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen, von deren Expertenrat sie eine Optimierung der Kriegsführung erwarteten. Janine Gaumer sprach über ihr ebenfalls noch junges Dissertationsprojekt zur Geschichte der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf in den achtziger Jahren – ein Kapitel westdeutscher Geschichte, an dem sich die Entwicklung der Neuen Sozialen Bewegungen und das sich mit ihnen wandelnde Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft wie unter dem Brennglas beobachten lassen. Nach einem Vortrag von Martin Diebel über sein Promotionsvorhaben zum Zivilschutz in Deutschland und England diskutierten die Gruppe über die Tauglichkeit von Begriffen wie „Sicherheit“ und „Bedrohung“ als historiographische Analysekatoren.

Das gesellschaftliche Bedürfnis nach Sicherheit war nicht nur für die Herausbildung der Normen und Institutionen des westdeutschen Rechtsstaates nach 1945 von großer Bedeutung, sondern auch für die Entwicklung der Rechtsgeschichte, wie Michael Stolleis in einem Vortrag zum Entstehungsprozess seiner vierbändigen Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland erläuterte. Wichtige Einflüsse seien auch von der kritischen Theorie der Frankfurter Schule sowie vom (angloamerikanischen) analytischen Denken ausgegangen.

Am letzten Seminartag präsentierten zwei Mitglieder der Doktorandenschule ihre biographischen Promotionsvorhaben: Nach einem Vortrag von Adrian Brauneis über den deutsch-jüdischen Schriftsteller Ernst Weiß sprach Philipp Heß über Hans Simons, dessen Wirken als Völkerrechtler und Mitbegründer der „Deutschen Liga für Völkerbund“ von besonderem Interesse für den Diskussionszusammenhang war. Fabian Schwanzar berichtete über sein Projekt zur Geschichte der Gedenkstättenbewegung in den siebziger und achtziger Jahren.

In einem abschließenden Vortrag kam Michael Stolleis noch einmal auf das Verhältnis von Zeitgeschichte und Rechtsgeschichte zu sprechen. Er zog ein positives Resümee der Seminartage und hatte viel Lob für die Mitglieder der Doktorandenschule: Ihre Arbeits- und Herangehensweise wirkte professioneller als die vieler Rechtshistoriker, die sich das historische Handwerkszeug neben oder nach der juristischen Ausbildung aneignen müssten. Zugleich sei ihm klar geworden, dass selbst die aufgewecktesten Historiker nur wenig vom Recht und seinen Mechanismen wüssten. Daher bleibe für die gegenseitige Vermittlungsarbeit noch viel zu tun.





Seminartag mit Walter H. Pehle



Auch wenn die „Schwarze Reihe“ im Fischer Verlag offiziell gar nicht so heißt: Wer sich für die Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus interessiert, weiß sofort, was gemeint ist. Untrennbar verbunden mit der inzwischen über 250 Bände umfassenden Reihe *Die Zeit des Nationalsozialismus* ist der Name ihres Erfinders.

Prof. Dr. Walter H. Pehle, geboren 1941 in Düsseldorf, studierte Geschichte und promovierte 1975 an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf bei Wolfgang J. Mommsen über *Die nationalsozialistische Machtergreifung im Regierungsbezirk Aachen*. Als Lektor beim Fischer Verlag betreute er zwei Jahre später die Veröffentlichung des vom US-Gefängnispsychologen Gustave M. Gilbert verfassten *Nürnberger Tagebuchs* und entwickelte darauf aufbauend jene „Schwarze Reihe“ mit vielfältigen Publikationen zur Geschichte des Nationalsozialismus – Erlebnisberichte, Biographien, wissenschaftliche Monographien, Dokumentationen und Sammelbände. 1993 wurde Pehle zum Honorarprofessor an der Universität Innsbruck ernannt.

„Bücher müssen miteinander sprechen“ – mit diesem Satz hatte Walter Pehle schon am Vorabend im Zeitgeschichtlichen Kolloquium erklärt, welchen Kriterien und welcher Logik er in seiner Auswahl von Manuskripten für die „Schwarze Reihe“ stets gefolgt sei. Zum Auftakt des Seminartags am 8. November vertiefte er diesen Rückblick auf mehr als vier Jahrzehnte Verlagsarbeit als Lektor und gab den Doktoranden wertvolle Ratschläge mit Blick auf die anstehende Publikation ihrer Dissertationsprojekte: Wer viele tausend Manuskripte angeboten bekommen hat und nur die wenigsten von ihnen zur Veröffentlichung bringen konnte oder wollte, weiß ganz genau, was ein gutes und erfolgreiches Buch ausmacht.

Einige Mitglieder der Doktorandenschule skizzierten in Impulsreferaten die wechselvolle Geschichte des 1886 von Samuel Fischer in Berlin gegründeten Verlags, dessen emigrierter Erbe Gottfried Bermann Fischer 1951 in Frankfurt einen Neuanfang wagte. Weitere Vorträge waren der Funktionsweise von Verlagen und dem Verlagsrecht gewidmet. Für großes Interesse sorgte die Frage nach Einstiegsmöglichkeiten von Historikern in die Verlagsarbeit.



Weltaneignung und Weltanschauung von Marxisten

In ihrem gruppenbiographisch angelegten Projekt porträtiert Dr. Christina Morina neun junge Europäer, zu deren Lebensinhalt seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die öffentliche Thematisierung der „sozialen Frage“ geriet. Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Victor Adler, Jean Jaurès, Jules Guesde, Georgij V. Plechanow, Wladimir I. Lenin und Pjotr B. Struve: Diese acht Männer und eine Frau, geboren zwischen 1845 und 1871, entwickelten sich durch ihr sozialkritisches Engagement zu den führenden Theoretikern und Praktikern des Sozialismus – und vor allem seiner immer einflussreicheren marxistischen Variante. Ausgehend von der Beobachtung, dass sich alle Protagonisten spätestens als Mittdreißiger bereits eine führende Position in ihrer jeweiligen nationalen Bewegung erarbeitet, ihre wichtigsten Werke publiziert hatten und als Autoritäten galten, konzentriert sich die Arbeit auf die Lebens- und Denkwege dieser Marxisten bis ins junge Erwachsenenalter hinein. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Wechselspiel von Weltaneignung – der intellektuellen und emotionalen Aneignung der Welt von Kindesbeinen an – und Weltanschauung. Anhand der in Ego-Dokumenten und politisch-philosophischen Schriften auffindbaren Bezüge zur „Wirklichkeit“, deren „radikales Studium“ ja Marx' erstes Gebot war, untersucht das Projekt den Nexus zwischen Realität und Engagement, zwischen Weltdeutung und Weltverbesserung.

Das von der DFG geförderte Forschungsvorhaben widmet sich damit der Gründergeneration des Marxismus, die in Marx' Werken ihre politische Weltanschauung sowohl fand als auch formte. Mit ihrer produktiven Aneignung des „wissenschaftlichen Sozialismus“ schufen die untersuchten Protagonisten das politische Programm des „Marxismus“, als dessen „Erfinder“ heute gemeinhin Friedrich Engels gilt. Die Geschichte dieser individuellen Aneignungen ist ein wichtiger Aspekt der Gründungsgeschichte des Marxismus als politische Weltanschauung. Denn erst die von den jungen Intellektuellen initiierte und gesteuerte Übersetzung, Publikation, Diskussion und Rezeption der wichtigsten Arbeiten von Marx und Engels etablierte deren Theorien auf den Bühnen der Politik und machte sie zu einem der einflussreichsten und umstrittensten Faktoren der jüngeren europäischen Ideen- und Politikgeschichte. Diese als Generationenprojekt wie auch als Generationenerfahrung zu verstehende Rezeptionsgeschichte soll jenseits der konventionellen Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung und zum Marxismus neue Fragen an alte Texte und an die Biografien ihrer Autoren richten.

Die Recherchen in den umfangreichen Nachlässen der porträtierten Marxisten sind bereits abgeschlossen; das Manuskript soll im Frühjahr 2014 als Habilitationsschrift eingereicht werden.





Unternehmer in der Staatskonjunktur



Über die Handlungsspielräume von Unternehmen im Nationalsozialismus wird seit Jahrzehnten gestritten. Zuletzt ist dabei wieder stärker hervorgetreten, dass Wettbewerb und Vertragsfreiheit weithin unangetastet blieben und von einer „Kommandowirtschaft“ nur bedingt die Rede sein kann. Freilich wird die Wirtschaft des „Dritten Reiches“ dabei meist isoliert betrachtet. Was aber war „normales“ oder „typisches“ unternehmerisches Verhalten? Und was kann als spezifisch für den Nationalsozialismus gelten? Dr. Tim Schanetzky geht diesen Fragen international vergleichend nach. Er untersucht unternehmerische Entscheidungen und staatliche Regulierungen am Beispiel zweier Aufsteiger, deren Karrieren untrennbar mit den Staatskonjunkturen von NS-Rüstungsaufschwung, New Deal und Zweitem Weltkrieg verknüpft sind.

In den USA verkörperte Henry J. Kaiser die Anforderungen des New Deal besonders prominent. Mit dem Hoover-Damm, der San Francisco Bay Bridge und vielen weiteren Vorzeigeprojekten beteiligte er sich am staatlichen Kampf gegen die Große Depression. Seit 1940 expandierte er in die Werft- und Stahlindustrie und wurde 1944 sogar als möglicher Vizepräsident gehandelt. Friedrich Flick hingegen trat als nationalsozialistischer Musterunternehmer mit besten politischen Kontakten auf, dem die Rüstungskonjunktur neben gewaltigen Vermögenszuwächsen zur Umsetzung seiner Idealvorstellung vom dynastischen Unternehmertum verhalf. Um nach den Bedingungen unternehmerischen Erfolges in Demokratie und Diktatur zu fragen, werden zwei Fälle herausgegriffen, die wegen ihres opportunistischen Verhaltens besonders aussagekräftig sind.



Das Habilitationsprojekt baut auf dem Quellenfundus auf, den das Projekt zur Geschichte des Flick-Konzerns im 20. Jahrhundert am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte geschaffen hat. Kaisers persönlicher Nachlass, die Unterlagen seines Büros und einiger enger Mitarbeiter werden von der Bancroft Library an der University of California in Berkeley verwahrt. Die dortigen Archivstudien konnte Tim Schanetzky im Sommer 2011 als Stipendiat des Deutschen Historischen Instituts in Washington abschließen. Im Herbst 2012 hat er als Fellow des Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS) mit der Niederschrift des Manuskripts begonnen. Das Projekt soll 2013 abgeschlossen werden.

Die „Wunschkindpille“ in der DDR

Der 50. Jahrestag der Markteinführung der „Pille“ in den USA und der Bundesrepublik Deutschland wurde 2010/2011 in Publikationen, Filmen und öffentlichen Debatten ausführlich gewürdigt. Die Entwicklung in Ostdeutschland kam allenfalls am Rande zur Sprache – dabei hatte die pharmazeutische Industrie der DDR mit „Ovosiston“ 1965 ein erstes eigenes empfängnisverhütendes Mittel auf der Leipziger Messe präsentiert.

Das seit 2010 von der DFG geförderte Forschungsprojekt widmet sich der sogenannten „Wunschkindpille“ und untersucht die Kultur- und Erfahrungsgeschichte der hormonellen Kontrazeption in der DDR. Geleitet wird das Projekt von Prof. em. Dr. Lutz Niethammer (Jena) und Prof. Dr. Silke Satjukow (Magdeburg). Das dreiköpfige Mitarbeitererteam – Dr. Annette Leo, Dr. Kathrin Pöge-Alder und Dr. des. Christian König – nimmt die Pille als ein Produkt in den Blick, an dessen Entwicklung, Implementierung, Propagierung und Aneignung eine Vielzahl politischer und gesellschaftlicher Akteure beteiligt war. In der sozialistischen Diktatur existierte neben der Partei- und Staatsführung auf einer „mittleren Ebene“ ein Netzwerk von Experten aus Medizin, Pharmazie und Politik, die die Geschichte der „Wunschkindpille“ maßgeblich prägten. Anders als in der Bundesrepublik, wo Frauen sich gegen konservative Widerstände den Zugang zum neuen Verhütungsmittel erkämpfen mussten, war die „Pille“ in der DDR das von Regierung und Fachleuten favorisierte Mittel der Familienplanung.

Im Zentrum der Untersuchung stehen Frauen und ihre Partner, deren Erfahrungen mittels lebensgeschichtlicher Interviews erhoben werden. Ihre Narrative verweisen auf eine äußerst komplexe und komplizierte Kultur- und Gesellschaftsgeschichte der Pille in Ostdeutschland. Die Vergesellschaftung eines Präparats, das tiefgreifende Auswirkungen auf Ehe und Familie, auf Liebe und Sexualität, aber auch auf Möglichkeiten weiblicher Berufstätigkeit hatte, entpuppte sich auch unter den Bedingungen der Diktatur als ein von wechselnden Machtverhältnissen bestimmter Aushandlungsprozess, bei dem die stumme Allgegenwart des „Westens“ stets mitgedacht werden muss. Jenseits von Differenzierungen nach Alter oder sozialmoralischen Milieus der befragten Personen förderte die Befragung zur individuellen Aneignung der „Wunschkindpille“ auch Formen eigensinnigen Verhaltens zutage.

2012 konnten die Archivrecherchen ebenso wie die Befragungen von Experten und Betroffenen weitgehend abgeschlossen werden; mehr als 50 Interviews mit Frauen dreier Jahrgangsschwellen wurden erhoben und erschlossen. Anfang 2013 veranstaltet die Forschungsgruppe „Wunschkindpille“ in Imshausen einen interdisziplinären Workshop zur „Kulturgeschichte der Fertilität“, der den eigenen Forschungsgegenstand in einen breiten historischen Kontext stellen soll. Neben Interviews mit etwa 15 Männern geht es 2013 vor allem um die Vorbereitung der geplanten Publikation.





Die Praxis der Erinnerung



Wie die Zukunft der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus aussehen könnte, darüber besteht weder in der Gedenkstättenpraxis noch in der Geschichtswissenschaft ein Konsens. Aus welchen gesellschaftlichen und politischen Debatten die inzwischen weit verzweigte NS-Gedenkstättenlandschaft in Deutschland hervorgegangen ist, dies untersucht Fabian Schwanzar seit 2010 in seinem Promotionsvorhaben „Die Praxis der Erinnerung. Gedenkstättenbewegung und Geschichtspolitik seit den siebziger Jahren“.

Mit der vielzitierten „Rückkehr der Geschichte“ in der Folge der TV-Serie „Holocaust“ (1978/79) begannen meist jüngere Historiker und Laien in Westdeutschland damit, die bislang vernachlässigte Erfahrungsgeschichte von Widerstand und Verfolgung während der NS-Diktatur aufzuarbeiten. Den frühen Gedenkstättenakteuren ging es in ihrer dezidierten Frontstellung zur Geschichtspolitik der Ära Kohl darum, eine „Politik des Nicht-Vergessens“ (Harald Welzer) zu begründen. Gedenkstätteninitiativen sollten in lokalen Öffentlichkeiten eine lange verdrängte Auseinandersetzung mit den „vergesenen Opfern“ anstoßen und die Funktion eines „Lernortes“ für die nachwachsenden Generationen übernehmen.



An ausgewählten Fallbeispielen beleuchtet Fabian Schwanzar in seinem Projekt, wie die Praxis der Geschichtsarbeit das lokale Gedächtnis in Städten und Dörfern verändert hat. Die Gründungsphase der Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg, der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg Ulm, der Mahn- und Gedenkstätte Alte Synagoge Essen und der Gedenkstätte Breitenau fiel nicht von ungefähr mit jenem geschichtskulturellen Umbruch Ende der siebziger Jahre und mit den Erinnerungskontroversen der achtziger Jahren zusammen. Die Arbeit fragt außerdem nach den Motiven und Deutungsmustern der beteiligten Akteure und untersucht die Vernetzung und Professionalisierung der neugegründeten Einrichtungen.



Das vom *Jena Center* und von der Fazit-Stiftung geförderte Dissertationsprojekt wird 2013 abgeschlossen.

Die SPD und die NS-Vergangenheit

Viele deutsche Sozialdemokraten, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs am Aufbau der Demokratie mitwirken und aus der NS-Volksgemeinschaft eine freie und sozial gerechte Gesellschaft machen wollten, hatten gegen den Nationalsozialismus gekämpft, waren verfolgt, inhaftiert oder in die Emigration getrieben worden. Um politische Verantwortung übernehmen zu können, waren sie nach 1945 auf die Stimmen der einstigen Mitläufer und Anhänger des NS-Regimes angewiesen – ein Dilemma, das das Verhältnis der Sozialdemokratie zur nationalsozialistischen Vergangenheit über Jahrzehnte hinweg prägte.

Die im Herbst 2012 eingereichte Dissertationsschrift von Kristina Meyer untersucht den Umgang der SPD mit der NS-Vergangenheit zwischen 1945 und 1974. Wie kommunizierten Sozialdemokraten rückblickend über das „Dritte Reich“ – ob öffentlich oder privat, explizit oder unausgesprochen, kollektiv oder individuell? Gefragt wird nach der Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen und Kriegsverbrechen, nach der Strafverfolgung der Täter ebenso wie nach der Entschädigung der Opfer, nach dem Umgang mit ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der NSDAP, nach der Bedeutung von Widerstands- und Verfolgungserfahrungen für Selbstverständnis, Außendarstellung und Außenwahrnehmung von Sozialdemokraten und ihrer Partei sowie schließlich auch nach ihrer Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus, Neonazismus und Antisemitismus.

Analysiert werden Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteuren innerhalb der SPD, aber auch ihre Auseinandersetzung mit konkurrierenden Parteien, mit Besatzungsmächten, Interessenverbänden und Medien. Dabei ging es stets um Ansprüche gesellschaftlicher Gruppen, die aus den Gewalt- und Unrechtserfahrungen der NS-Zeit, aber auch aus den nachfolgenden Sanktionierungsmaßnahmen der Besatzungsmächte gegen die Deutschen abgeleitet wurden. In ihrem Streben nach politischer Macht war die SPD darauf angewiesen, zwischen diesen Interessen so zu vermitteln, dass sich ein möglichst großer Teil der Bevölkerung von ihr angemessen vertreten fühlte und sie auch wählte. Daher war der Umgang der SPD mit der NS-Vergangenheit stets von Widersprüchen und Interessenkonflikten, vor allem aber von Kompromissen und Zugeständnissen gekennzeichnet. In ihrem Wunsch, eine „innere Versöhnung“ der deutschen Gesellschaft zu erreichen, zugleich aber dem Anspruch einer Bestrafung der Täter und Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus gerecht zu werden, begaben sich viele einst verfolgte Sozialdemokraten seit 1945 auf eine permanente Gratwanderung zwischen Integration und Aufarbeitung, deren Widersprüchlichkeit sie mit Ausweichbewegungen und Ersatzhandlungen zu überdecken versuchten.



Max Weber und die westdeutschen Historiker



Georg Aßmus widmet sich in seinem Promotionsvorhaben dem besonderen Interesse einiger westdeutscher Historiker an Leben und Werk Max Webers. Wolfgang J. Mommsen (1930-2004), Hans-Ulrich Wehler (Jg. 1931), Jürgen Kocka (Jg. 1941) und Detlev J. K. Peukert (1940-1990) fanden in ihrem jeweiligen historiographischen Werk sehr unterschiedliche Zugänge zum Erbe des Heidelberger Soziologen. Woher sie ihre Anregungen nahmen, welchen – auch internationalen – Rezeptionslinien sie dabei folgten und welchen Einfluss die Auseinandersetzung mit Max Weber auf ihre eigenen Arbeiten hatte, wird in diesem Dissertationsprojekt untersucht. Die spezifischen Generationserfahrungen der Historiker, ihre wissenschaftliche Sozialisation und ihre Dialoge mit Vertretern anderer Disziplinen bilden dabei einen wichtigen Erklärungsrahmen.



Bei Historikern, die zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhundert arbeiten, verschwimmt die Grenze zwischen erkennendem Subjekt und Erkenntnisobjekt in besonderem Maße, fließen Gegenwartsdeutung und Geschichtsbeachtung stärker ineinander, als dies bei Mediävisten oder gar Althistorikern der Fall ist. Im Rekurs auf Weber – so wird unterstellt – manifestieren sich Geschichtsbilder, politische Orientierungen und ganz bestimmte Vorstellungen von moderner Geschichtswissenschaft. Das Projekt verfolgt daher auch das Ziel, die enge Verbindung von Zeitumständen und historischer Forschung gerade im Hinblick auf Konjunkturen der Weber-Forschung herauszustellen. Dass die untersuchten Historiker den Soziologen Weber zwischen den sechziger und achtziger Jahren gleichsam post mortem in einen Dialog mit Marx und später mit Nietzsche brachten, verweist auf einen Wandel in der Wahrnehmung und Lesart seines Werkes.

Den Kern der untersuchten Quellen bilden die Publikationen der vier Historiker, ergänzt durch einflussreiche Schriften ihrer jeweiligen akademischen Lehrer, darunter Theodor Schieder und Werner Conze. Kontrastiert und in Beziehung gesetzt wird diese Textanalyse mit Erkenntnissen der sozialwissenschaftlichen Weber-Forschung. Die Nachlässe von Hans Rosenberg, Theodor Schieder und Johannes Winckelmann, vor allem aber lebensgeschichtliche Interviews mit den beiden noch lebenden Protagonisten Wehler und Kocka sowie mit den beiden Soziologen M. Rainer Lepsius und Wolfgang Schluchter geben Auskunft über Ursprünge, Motive und Ziele ihrer intensiven Auseinandersetzung mit Weber.

Seit Mai 2012 fördert die Gerda Henkel Stiftung das von Prof. Dr. Thomas Kroll betreute Promotionsvorhaben. Zuvor hatte das *Jena Center* das Projekt mit einer Anschubfinanzierung unterstützt.

Masterstudiengang GP 20

Im Wintersemester 2012/2013 konnte der interdisziplinäre Masterstudiengang *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts* ein erstes Jubiläum feiern: Die zwölf neu aufgenommenen Studierenden bilden den nunmehr fünften Jahrgang des 2008 gegründeten Masters „GP 20“, der wachsende Bewerberzahlen verzeichnet. Anders als noch in der Anlaufphase des Studienganges bilden Bachelorabsolventen deutscher Universitäten inzwischen das Gros der Bewerber, während die Zahl ausländischer Interessenten zurückgegangen ist. Weiterhin erweist sich GP 20 für viele Absolventen als idealer Einstieg in ein zeithistorisches oder politikwissenschaftliches Promotionsvorhaben, oft verbunden mit einer Mitgliedschaft in der Doktorandenschule des *Jena Center*.

Erwartungen

Daniel Schuch

„Für den interdisziplinären Master *Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts* an der Friedrich-Schiller-Universität Jena habe ich mich entschieden, weil er einen Blick über die Fächergrenzen hinaus wagt, auf multiperspektivische Lehre setzt und mit dem historisch-politischen Fokus auf das 20. Jahrhundert eine intensive Auseinandersetzung mit einer Epoche verspricht, in der die Errungenschaften von Zivilisation und Aufklärung auf das Heftigste erschüttert wurden. Dies alles klingt für mich nach besten Voraussetzungen für die Befähigung zu einer fundierten Gesellschaftskritik.“

Niklas Brede

„An GP 20 reizt mich vor allem das nahezu einzigartige Betreuungsverhältnis, das einen intensiven Kontakt zu den Dozenten zulässt. Auch die Interdisziplinarität des Studienganges ist attraktiv, da sie das Spektrum an Wahlveranstaltungen deutlich erhöht und eine individuelle Schwerpunktsetzung möglich macht.“

Fabian Vögtle

„Gerade das breite Angebot des Historischen Instituts sowie der deutschlandweit einzigartige Lehrstuhl für die Geschichte in Medien und Öffentlichkeit haben mich überzeugt, während der kommenden zwei Jahre in Jena zu studieren. Da ich bisher nicht Politikwissenschaft studiert habe, möchte ich nun gerne im interdisziplinären Master die Möglichkeit nutzen, mein Wissen in diesem Feld auszubauen und mit der Zeitgeschichte zu kombinieren. Ich sehe dieses Masterstudium, in dem ich auch meine Fremdsprachenkenntnisse vertiefen kann, als gute Vorbereitung für eine zukünftige Tätigkeit als Journalist und Korrespondent.“





Erfahrungen



Lizaveta Kasmach

„Die Entscheidung, in Jena das Masterstudium GP 20 zu absolvieren, hat sich als wichtiger Schritt in meinem akademischen Werdegang erwiesen. Dank des interdisziplinären Charakters des Studiengangs hatte ich insbesondere im Laufe des ersten Jahres ausreichend Möglichkeiten, verschiedene wissenschaftliche Bereiche und Methoden näher kennenzulernen. Einerseits wurde in den angebotenen Modulen der nötige Überblick vermittelt, andererseits erwiesen sich die Veranstaltungen in Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie als besonders hilfreich für die Bündelung meiner Interessen. Sie ermöglichten mir, Themen zu identifizieren, die für mich besonders spannend waren. Es war auch nützlich, Zeit in das Fremdsprachenmodul zu investieren, denn dieses half, die Balance im Studium zu behalten. Ich habe davon immer Gebrauch gemacht und mehrere Extra-Stunden in Tschechisch und Französisch genommen. Obwohl ich mich ursprünglich eher auf Politikwissenschaft konzentrieren wollte, änderte sich mein Schwerpunkt im zweiten Jahr, als ich begann, mich mit den Problemen der osteuropäischen Geschichte auseinanderzusetzen. Das hat sich nicht nur auf das Thema meiner Masterarbeit ausgewirkt, sondern auch auf meine Zukunft nach dem Abschluss: Derzeit bin ich Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der University of Alberta (Kanada).“



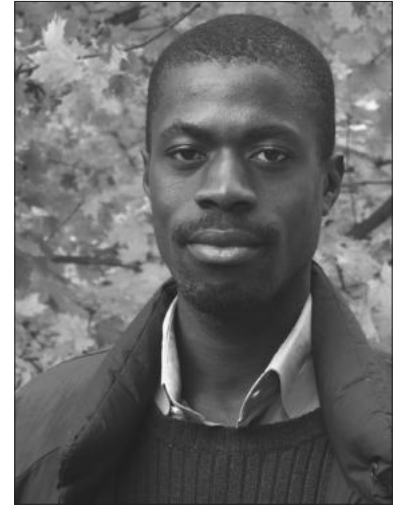
Mircea Lazar-Zahacinski

„Das Lehrveranstaltungsangebot war breit gefächert und deckte Themen der Geschichte und Politik vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart ab. Auch in berufsvorbereitender Perspektive erwies sich der Studiengang als hilfreich. So bekam ich beispielsweise die Chance, durch Studienexkursionen, die regelmäßig vom Institut für Politikwissenschaft organisiert wurden, zentrale europäische Institutionen unmittelbar kennenzulernen. In diesem Rahmen habe ich auch an einer internationalen Simulation der Funktionsweise des Europäischen Rates und Parlaments in Brüssel teilgenommen. Eine besondere Stärke des Studiengangs liegt in seinem interdisziplinären Fokus, der in verschiedenen Modulen überzeugend umgesetzt wurde. Eine Verbesserung könnte meiner Meinung nach durch eine Öffnung in Richtung der Wirtschaftswissenschaft erreicht werden, da dies eine thematisch passende Ergänzung des sozialwissenschaftlichen Kerns des Studienganges bedeuten würde. Abschließend kann ich sagen, dass ich mit meiner Entscheidung, diesen Masterstudiengang zu besuchen, sehr zufrieden bin. Ich empfehle ihn besonders für Studierende, die an einer allgemeinen und vielfältigen Ausbildung interessiert sind.“



Balou Jean-Niques Kouï

„Ich bin sehr zufrieden mit der Ausbildung, die ich im Studiengang GP 20 erhalten habe. Dank seiner Interdisziplinarität habe ich neben dem Geschichtsstudium neue Kenntnisse im Bereich der Politikwissenschaft erwerben können. Als ausländischer Student, der aus einem völlig anderen akademischen System kam, fand ich den Aufbau des Masterstudiums in Jena sehr gut, der es mir erlaubte, die Kurse nach meinen individuellen Interessen auszuwählen. Ich habe gute Erinnerungen an Jena, wo ich von Anfang an sehr gut aufgenommen wurde. Die Stadt bot mir eine angenehme Atmosphäre während des Studiums und ich verstehe sehr gut, warum Jena als Studentenparadies bezeichnet wird. Inzwischen wohne ich in Bamberg, wo ich im Anschluss an mein Masterstudium eine Anstellung an der Otto-Friedrich-Universität als wissenschaftlicher Mitarbeiter erhalten habe.“





Weimar Summer School: Deutsche(s) in Israel



Die dritte *Weimar Summer School* fand vom 3. bis 10. September 2012 erstmals in Israel statt: „Deutsche/s in Palästina und Israel“ hieß das diesjährige Thema, das je sieben Studierende und Promovierende der Universitäten Jena und Tel Aviv zusammenbrachte. Die Tour begann im Norden Israels in Nahariya. Die Kleinstadt war 1935 von überwiegend nicht-zionistischen deutschen Juden nach ihrer Flucht aus NS-Deutschland gegründet worden. Viele „Jeckes“ hatten sich damals schwer getan mit ihrem neuen Umfeld: Konnte dieses fremde, unwirtliche Land zur (zweiten) Heimat werden? 80 Jahre später erzählt das privat finanzierte German Speaking Jewry Heritage Museum in Tefen materialreich von den intellektuellen und infrastrukturellen Aufbauleistungen deutscher Juden in Israel. Als Kontrapunkt zu diesem selbstgewissen Narrativ erinnert die sephardische Perspektive daran, dass es oft Juden aus arabischen und afrikanischen Ländern gewesen waren, die hier zuerst gesiedelt und den Aufbau Israels ebenfalls vorangetrieben hatten.



Auch der Besuch des Militärfriedhofs für deutsche Soldaten des Ersten Weltkrieges in Nazareth verunsicherte manch mitgebrachtes Geschichtsbild. Die monumentale Architektur erinnert stark an das Weimarer Gauforum – keine allzu weit hergeholt Assoziation, war der Gedenkort doch 1936 gleichsam als hegemoniale Gebärde gegen die britische Mandatsmacht errichtet worden. In der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem erläuterte ein Kurator verschiedene Ansätze, mit denen die deutsche Verfolgungs- und Mordpraxis für ein internationales Publikum museal inszeniert werden kann. Wie sehr gerade viele „Jeckes“ auch nach 1945 mit Deutschland und manch (vermeintlich) guten Deutschen in Verbindung bleiben wollten, davon erzählt der Dokumentarfilm „Die Wohnung“ (2012), den die Gruppe mit Regisseur Arnon Goldfinger diskutieren konnte. Instruktiv waren auch die wissenschaftlichen Vorträge zum Wirken deutscher (Bauhaus-)Architekten in Palästina oder zu den Grabungsbefunden des Deutschen Archäologischen Instituts in Jerusalem.



Im abschließenden Gespräch mit der Gruppe erfuhr Christoph Matschie, der als Thüringer Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur die *Weimar Summer School* fördert, dass das anspruchsvolle Programm gerade auch in der kriegsbedrohlichen Lage des Spätsommers 2012 viele widerstreitende Identitätsfragen berührt hatte. Ein gemeinsamer Essay der deutschen Teilnehmer endete mit dem Satz: „Einfache Antworten gibt es nicht.“



Die *Weimar Summer School* ist ein Kooperationsprojekt des Minerva-Instituts für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, des *Jena Center* und des Lehrstuhls für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Konzipiert und geleitet wird sie von Prof. Dr. Volkhard Knigge, Prof. Dr. José Brunner und Dr. Axel Doßmann.

Atina Grossmann **Wege in der Fremde**

Deutsch-jüdische Begegnungsgeschichte zwischen Feldafing, New York und Teheran

Deutsche Juden lebten nach 1933 als Flüchtlinge über die ganze Welt verstreut. Während nur sehr wenige nach dem Zweiten Weltkrieg zurückkehren wollten, befanden sich etwa 250.000 Holocaust-Überlebende als Displaced Persons im besetzten Deutschland – umgeben von Deutschen, die sich selbst als Opfer des Krieges fühlten. Atina Grossmann betrachtet in ihren Essays Aspekte dieser unterschiedlichen Erfahrungen in der Fremde. Es geht ihr um das Leben nach der Katastrophe: um den Verlust von Heimat, um die Trauer angesichts der ermordeten Familien und um die zerstörten jüdischen Lebenswelten in Europa. Dabei richtet sich ihr Blick zugleich auf die traumatischen Nachwirkungen des Holocaust und auf die Versuche eines Neuanfangs, zumal aus der Perspektive der Frauen und ihrer Erfahrungen von Gewalt und Mutterschaft.

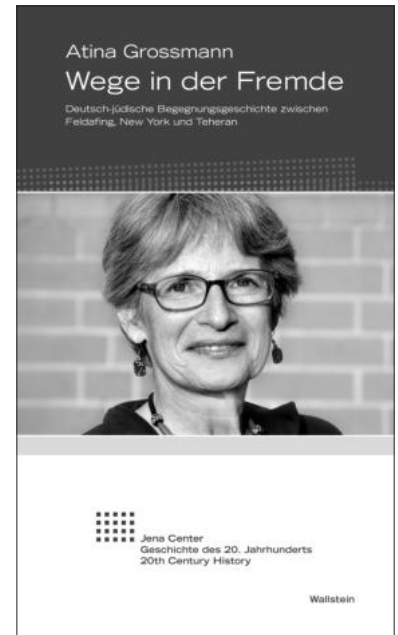
Darüber hinaus reflektiert Atina Grossmann, als Tochter einer aus Berlin emigrierten jüdischen Familie in New York geboren, in aufschlussreichen Gesprächen nicht nur ihre eigene wissenschaftliche Biographie, sondern auch die von ihr maßgeblich mitgeprägte Entwicklung der Geschlechtergeschichte.

Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts

Vorträge und Kolloquien, Bd. 10

Wallstein Verlag Göttingen, erschienen Juni 2012, lieferbar, 168 Seiten

€ 15,00 (D) / € 15,50 (A) / CHF 20,90 / ISBN: 978-3-8353-0963-0





Privatisierung Idee und Praxis seit den 1970er Jahren

Herausgegeben von Norbert Frei und Dietmar Süß



Mit den Folgen der gegenwärtigen Finanzkrise hat eine neue Diskussion über die Rolle des Staates begonnen. „Privatisierung“ und „Flexibilisierung“ gelten nicht mehr uneingeschränkt als ökonomische Erfolgsrezepte, sondern werden nun selbst historisiert. Lässt sich die Geschichte seit den 1970er Jahren als „Ära der Privatisierung“ beschreiben? Meint „Privatisierung“ nicht nur ein neues Verständnis von Staat und Wirtschaft, sondern auch einen neuen individualistischen „Rückzug ins Private“? Schließlich fragen Historiker und Sozialwissenschaftler in diesem Band, wie westeuropäische und anglo-amerikanische Privatisierungsideen und -erfahrungen die Transformation im postkommunistischen Osteuropa beeinflussten.

Mit Beiträgen von Frank Bösch, Pascal Eitler, Norbert Frei, Dominik Geppert, Hans Günter Hockerts, Hervé Joly, Karl Lauschke, Stephan Lessenich, Joachim von Puttkamer, Tim Schanetzky, Wolfgang Seibel, Detlef Siegfried und Dietmar Süß.

Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts
Vorträge und Kolloquien, Bd. 12

Wallstein Verlag Göttingen

erschienen November 2012, lieferbar

228 Seiten

€ 15,00 (D) / € 15,50 (A) / CHF 21,90

ISBN: 978-3-8353-1086-5

„Es ist durchaus nicht zu hoch gegriffen, den Sammelband von Norbert Frei und Dietmar Süß als Pionierarbeit zu würdigen. Wohl selten wird man bei der Lektüre dieses Formats auf derart viel Überraschendes im Allgemeinen wie im Detail stoßen.“ (Marcus Böick, H-Soz-u-Kult, 4. April 2013)

Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945

Herausgegeben von Norbert Frei und Martin Sabrow

Die Frage nach der Bedeutung der „Mitlebenden“ (Hans Rothfels) für die Produktion des historischen Wissens hat die Zeitgeschichtsforschung bereits im Moment ihrer Neuerfindung nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt. Doch mit der wachsenden Medialisierung von Geschichte seit den siebziger Jahren hat sich das Spannungsverhältnis zwischen Zeitzeugenschaft und Zeitgeschichte verschärft – und die „authentische Stimme“ des Zeitzeugen einen immer größeren Einfluss auf die öffentliche Präsentation historischer Themen erlangt. Gerade die Debatten der letzten Jahre um die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und die Gewalterfahrungen in den kommunistischen Diktaturen Osteuropas haben deutlich gemacht, dass die Figur des Zeitzeugen als Phänomen der öffentlichen Geschichtskultur ihrem historischen Entstehungskontext längst entwachsen ist: Die „Geburt“ des Zeitzeugen nach 1945 und seine Entwicklung seitdem bedarf deshalb der systematischen Reflexion: Wie ist in dieser langfristigen Perspektive seine gewachsene Bedeutung zu verstehen? Ist sie lediglich Ausdruck veränderter medialer Produktionslogiken? Oder liegen die Ursachen tiefer: in generationellen Umbrüchen, in den Konjunkturzyklen einer – jedenfalls mit Blick auf Nationalsozialismus und Holocaust – zunehmend transnationalen Erinnerungskultur? Und was bedeutet der Aufstieg des Zeitzeugen für das Verhältnis von Geschichtsschreibung und Erinnerung?

Mit Beiträgen von José Brunner, Christoph Classen, Filippo Focardi, Rainer Gries, Laura Jockusch, Wulf Kansteiner, Judith Keilbach, Hanno Loewy, Martin Sabrow, Silke Satjukow, Achim Saupe, Irina Scherbakowa, Sybille Steinbacher, Harald Welzer, Jolande Withuis und Hanna Yablonka.

Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 14 / Geschichte der Gegenwart (Hg. von Frank Bösch und Martin Sabrow), Bd. 4

Wallstein Verlag Göttingen, erschienen Juni 2012, lieferbar, 376 Seiten
€ 34,90 (D) / € 35,90 (A) / CHF 44,90 / ISBN: 978-3-8353-1036-0

„Die Texte dieses Bandes stehen für eine Historisierung des Phänomens ‚Zeitzeuge‘ und ermöglichen seine kritische Reflexion, auch dort, wo sie die Debatten über die Zeugenschaft der Überlebenden und ihr drohendes Ende gelegentlich allzu leicht hinter sich lassen.“ (Katharina Stengel, Einsicht 08, Herbst 2012)





Vorschau 2013



Daniel Stahl

Nazi-Jagd

Südamerikas Diktaturen und die Ahndung von NS-Verbrechen

Südamerika wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zum Fluchtpunkt zahlreicher NS-Verbrecher und Kollaborateure. Es gab jedoch bald vielseitige Bemühungen, die Justizflüchtigen aufzuspüren und sie vor Gericht zu bringen. Daniel Stahl nimmt die Akteure dieser „Nazi-Jagd“ in den Blick. Er zeigt, dass die Nazi-Jagd nicht allein als Nachgeschichte des Nationalsozialismus zu verstehen ist. Sie wurde auch zum Bestandteil der Auseinandersetzung mit autoritären Regimen in Südamerika: Dissidenten und Menschenrechtsaktivisten gingen davon aus, dass die justizflüchtigen NS-Täter auch nach 1945 im Dienste südamerikanischer Diktatoren an Gewaltverbrechen beteiligt waren, und unterstützten die Bemühungen zu ihrer Ergreifung. Die Nazi-Jagd wird deshalb als eine Geschichte von Wechselwirkungen zwischen der Ahndung von NS-Verbrechen und dem Umgang mit der Repression durch südamerikanische Regime erzählt: als Teil transnational verflochtener Auseinandersetzungen mit staatlich veranlassten Gewaltverbrechen.

Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 15

Wallstein Verlag Göttingen, erscheint 2013, 430 Seiten

€ 34,90 (D) / 35,90 (A) / CHF 44,90, ISBN: 978-3-8353-1112-1



Dominik Rigoll

Staatsschutz in Westdeutschland

Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr

Die Geschichte der „inneren Sicherheit“ beginnt nicht erst in den siebziger Jahren mit dem Terrorismus der RAF und dem „langen Marsch durch die Institutionen“. Wer die Hysterien des „roten Jahrzehnts“ verstehen will, muss den Bogen viel weiter spannen: von den 150.000 Berufsverboten, die im Zuge der Entnazifizierung seit 1945 gegen vormalige NS-Funktionäre und Militärs ausgesprochen wurden, über das KPD-Verbot von 1956 und die 125.000 politischen Strafverfahren der Adenauer Ära bis zum Extremistenbeschluss von 1972 und zum Oktoberfest-Attentat 1980. Dominik Rigoll interessiert sich nicht nur für die Genese des Konzepts der streitbaren Demokratie und für die Erfahrungshorizonte der daran mitwirkenden Autoren, sondern auch für die konkrete Behördenpraxis und das Selbstverständnis der vom Staatsschutz betroffenen Personen.

Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 13

Wallstein Verlag Göttingen, erscheint 2013, 524 Seiten

€ 39,90 (D) / € 41,10 (A) / CHF 50,50, ISBN: 978-3-8353-1076-6

Die Globalisierung der Wiedergutmachung

Politik, Moral, Moralpolitik

Herausgegeben von José Brunner, Constantin Goschler und Norbert Frei

Schlagworte der seit den neunziger Jahren geführten globalen Diskussion über „Wiedergutmachung“ sind Historical Justice und Transitional Justice. Von diesem Diskurs wurden Politik und Praxis der deutschen Entschädigung für NS-Verfolgte beeinflusst. In eingängigen Fallstudien zeigen deutsche und israelische Zeithistoriker, wie sich neue Akteure und Experten – große Unternehmen, der Kunsthandel, Vertriebenenverbände, aber auch die Historiker selbst – im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte in diesem Feld verhalten haben, wie die Dominanz eines „amerikanisierten“ Rechtsdiskurses die Wiedergutmachung verändert hat und welche Rolle internationale Konferenzen dabei spielten. Der Band schließt mit einem Gespräch über die „Moral“ von sechs Jahrzehnten Wiedergutmachungspolitik, an dem sich prominente Denker aus den USA, Israel, Österreich und Deutschland beteiligten. Dabei werden provokante Positionen zu Schuld und Schulden, Pflichten und Verantwortung und zu den Aufgaben von Staat und Gesellschaft deutlich.

Mit Beiträgen und Kommentaren von: Leora Bilsky, Henning Borggräfe, Lukas Meyer, Gabriel Motzkin, Iris Nachum, Susan Neiman, Benno Nietzel, Tim Schanetzky und Bernhard Schlink.

Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 12 / Schriftenreihe des Minerva Instituts für deutsche Geschichte Universität Tel Aviv, Bd. 31
Wallstein Verlag Göttingen, erscheint 2013, ca. 464 Seiten
€ 39,90 (D) / € 41,10 (A) / CHF 53,90, ISBN: 978-3-8353-0981-4





Den Holocaust erzählen

Historiographie zwischen wissenschaftlicher Empirie und narrativer Kreativität

Herausgegeben von Norbert Frei und Wulf Kansteiner

Geschichtsschreibung ist Erzählung, und Erzählungen sind sprachliche Kunstprodukte. Deshalb erfindet, wer Geschichte schreibt. Mit diesem verblüffend einfachen Argument fordert Hayden White die Geschichtswissenschaft seit rund vier Jahrzehnten heraus. Sein Klassiker „Metahistory“ hat viel Furore gemacht, wurde aber nur selten mit Blick auf die historiographische Praxis diskutiert. Die Autoren setzen diese vor über zwei Jahrzehnten in Los Angeles begonnene Diskussion über die Grenzen der Geschichtsschreibung fort: Anhand der Werke von Saul Friedländer und Christopher Browning, die sich beide dem interdisziplinären Dialog stellten.

Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts

Vorträge und Kolloquien, Bd. 11

Wallstein Verlag Göttingen, erscheint 2013, 272 Seiten

€ 18,00 (D) / € 18,50 (A) / CHF 25,40 / ISBN: 978-3-8353-1077-3



Harold James

Finanzmarkt macht Geschichte

Lehren aus den Wirtschaftskrisen

Die internationale Finanzkrise der letzten Jahre hat auch in der Wirtschaft Aufmerksamkeit für die Bedeutung historischer Erfahrungen geweckt. Harold James begrüßt dies ausdrücklich – und warnt zugleich vor einer naiven Anwendung historischer Lehren. Falsche Analogien verursachten mehr Probleme, als dass sie Einsicht schafften. Auch liefere die Geschichte keine Patentrezepte, sondern nur die Möglichkeit, gebräuchliche Hypothesen zu überprüfen. Aus dieser Perspektive analysiert der renommierte Wirtschaftshistoriker nicht nur die mit der Finanzkrise verbundenen Herausforderungen und Entwicklungen, sondern blickt auch auf den raschen Aufstieg der Wirtschaftsmacht China, mit dem große ökonomische Hoffnungen, aber auch politische Ängste verbunden sind.

Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts

Vorträge und Kolloquien, Bd. 13

Wallstein Verlag Göttingen, erscheint 2013, ca. 224 Seiten

€ 15,00 (D) / € 15,50 (A) / CHF 21,90 / ISBN: 978-3-8353-1118-3

Volker Berghahn

Umbau im Wiederaufbau

Amerika und die deutsche Industrie im 20. Jahrhundert

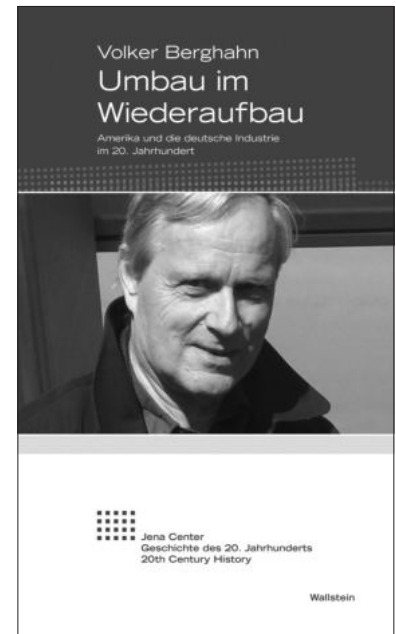
Ob Kaugummi oder Gummireifen – die „Amerikanisierung“ der deutschen Industrie- und Konsumgüterproduktion im 20. Jahrhundert ist evident. Doch wie lässt sich diese Transfer- und Wirkungsgeschichte erklären und periodisieren? Volker Berghahn schaut auf das Zeitalter der beiden Weltkriege und konstatiert einen Wandel des amerikanischen Einflusses auf die deutsche Industrie: Nach 1918 leisteten die USA zwar Wiederaufbauhilfe, wirkten aber nicht verändernd auf das System. Für die Zeit nach 1945 hingegen diagnostiziert er einen amerikanisch gelenkten Umbau der westdeutschen Industrie. Berghahn untersucht die großen Linien dieser Entwicklung, nimmt sie am Beispiel des Unternehmers Otto A. Friedrich aber auch genauer in den Blick. In einem Epilog, der seine Forschungen aus über vier Jahrzehnten zusammenführt, und in einem abschließenden Gespräch spannt der deutsch-amerikanische Historiker dann den Bogen von den 1960er Jahren bis zum Beginn der Finanzkrise 2008.

Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts

Vorträge und Kolloquien, Bd. 14

Wallstein Verlag Göttingen, erscheint 2013, ca. 224 Seiten

€ 15,00 (D) / € 15,50 (A) / CHF 21,40 / ISBN: 978-3-8353-1306-4



Toward a New Moral World Order?

Menschenrechtspolitik und Völkerrecht seit 1945

Herausgegeben von Norbert Frei und Annette Weinke

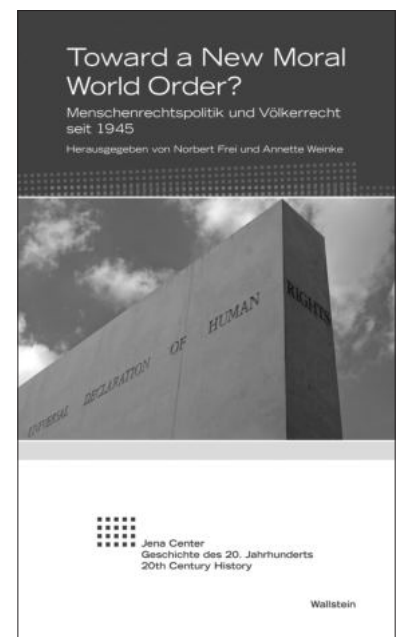
Das Interesse der Historiker am Thema Menschenrechte beschränkte sich lange Zeit auf ideengeschichtliche Aspekte. Seit kurzem mehren sich jedoch empirische Studien, die zeigen, dass die Fragen nach einem historisch tragfähigen Begriff der Menschenrechte, nach ihrer Genese und Periodisierung neu gestellt werden müssen. Der vorliegende Band nimmt die Entwicklung der Menschenrechte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, der Dekolonisierung und der Zäsur von 1989/90 in den Blick. Dabei zeigt sich nicht nur, wie vielfältig die Akteure waren, die Inhalt und Begriff der Menschenrechte entwickelten und zu ihrem Aufstieg beitrugen, sondern auch, wie formbar dieses Instrument war und ist.

Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts

Vorträge und Kolloquien, Bd. 15

Wallstein Verlag Göttingen, erscheint 2013, ca. 224 Seiten

€ 15,00 (D) / € 15,50 (A) / CHF 21,90 / ISBN: 978-3-8353-1118-3





Leitung	Prof. Dr. Norbert Frei
Stellvertreter	Prof. Dr. Thomas Kroll
Mitglieder	PD Dr. Jörg Ganzenmüller Prof. Dr. Hans-Werner Hahn Prof. em. Dr. Jürgen John Prof. Dr. Volkhard Knigge Prof. Dr. Gisela Mettele Prof. Dr. Jörg Nagler Prof. Dr. Joachim von Puttkamer PD Dr. Dietmar Süß
Internationaler Beirat	Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej (Warschau) Prof. Dr. Philippe Burrin (Genf) Prof. Dr. Saul Friedländer (Los Angeles) Prof. Sir Ian Kershaw (Sheffield) Prof. Dr. Charles S. Maier (Cambridge, MA) Prof. Dr. Lutz Niethammer (Jena) Prof. Dr. Henry Rousso (Paris) Prof. Dr. Irina Scherbakowa (Moskau) Prof. Dr. Fritz Stern (New York)
Finanzierung	Gründung und laufende Finanzierung des <i>Jena Center</i> beruhen auf einer großzügigen privaten Spende von Dr. Christiane und Dr. Nicolaus-Jürgen Weickart.

Impressum:

Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts
Historisches Institut
Friedrich-Schiller-Universität Jena
07743 Jena

Jena.Center@uni-jena.de
www.JenaCenter.uni-jena.de
Redaktion: Dr. des. Kristina Meyer
(Wissenschaftliche Geschäftsführerin)